

**ZEIT, WEITER
ZU DENKEN.**



**Tagesprotokoll
Eröffnungsveranstaltung
Sonntag, 13. Oktober 2013**

5. ORDENTLICHER

GEWERKSCHAFTSKONGRESS DER IG BCE



13. – 18. OKTOBER 2013, HANNOVER



Sonntag, den 13. Oktober 2013

Beginn 15:02 Uhr

MICHAEL VASSILIADIS (Vorsitzender der IG BCE)

Sehr geehrter Herr Präsident des Europäischen Parlaments! Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist mir eine große Freude, Sie und Euch alle zum 5. Ordentlichen Gewerkschaftskongress der IG BCE hier in Hannover begrüßen zu dürfen. Herzlich willkommen und ein herzliches Glück auf! (Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte, wir möchten die heutige Eröffnungsveranstaltung dazu benutzen, uns dem Thema Europa zu nähern. Wir sind ein Teil Europas, und Europa ist ein Teil von uns, ob es nun um politische und wirtschaftliche Themen geht oder ob es um menschliche Tragödien geht. In diesen Wochen haben sich Katastrophen ereignet, die uns alle erschüttern und ratlos machen. Über 300 Menschen ertranken jüngst bei Lampedusa auf ihrer Flucht vor Krieg, Elend und Hoffnungslosigkeit. Und schon wieder ist ein Boot gekentert.

Diese Unglücke sind unfassbar und haben in der Europäischen Union zu Recht zu einer Debatte über unseren Anspruch an die Humanität und unserem Umgang mit Flüchtlingen geführt.

Auch bei uns in Deutschland, in unserer IG-BCE-Familie, kam es zu einer furchtbaren Tragödie. Vor genau zwölf Tagen hat uns das schwere Grubenunglück im Kalibergwerk Unterbreizbach erschüttert. Drei unserer Kollegen sind dabei zu Tode gekommen. Schlagartig wurde der Öffentlichkeit vor Augen geführt, dass der Bergbau auch heutzutage und auch hier bei uns in Deutschland mit Risiken für die Bergleute verbunden ist – trotz aller Erfolge und Anstrengungen, ein Höchstmaß an Sicherheit zu erreichen.

Der Schutz der Menschen in der Arbeit gehört seit jeher zu den entscheidenden Motiven für die Gründung von Gewerkschaften.

Es ist eine Leistung von historischer Qualität, dass nirgendwo die Sicherheit unter Tage größer ist als in Deutschland. Wir haben damit Standards für den weltweiten Bergbau gesetzt, und wir kämpfen täglich dafür, diese Standards auch den Bergleuten in aller Welt zu ermöglichen. Um so größer ist aber auch die Betroffenheit, wenn wir sehen müssen, dass die Arbeit der Bergleute, die weltweit wie auch hier in Deutschland die Rohstoffe unseres Wohlstandes fördern, weiterhin nicht ohne Risiko für Leib und Leben ist.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir trauern um die Toten, wir trauern um die tödlich verunglückten Kollegen Jürgen Kotscha, Michael Reglin und Christoph Kuntz. Unser tiefes Mitgefühl gilt den Familien und den Angehörigen. Bitte erheben Sie sich für ein stilles Gedenken. (Die Anwesenden erheben sich) Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor uns liegt eine arbeitsintensive und politisch anspruchsvolle Woche. Wir sind entschlossen, die politischen Verhältnisse in unserem Land zum Besseren zu verändern. Wir wollen einen Fortschritt für die Arbeits- und Lebensbedingungen in den Betrieben und in den Regionen. Wir wollen sichere und verlässlichere Zukunftsperspektiven für die Arbeitnehmerinnen und die Arbeitnehmer.

Wer so wie wir gewillt ist, die Zukunft in die eigenen Hände zu nehmen, der macht es sich nicht unbedingt leicht. Ein solcher Anspruch auf Mitbestimmung und Mitgestaltung erfordert Werte, Willen und Stärke. Unsere IG BCE hat diese Stärke. Es ist die Stärke, die aus der Solidarität unserer Gemeinschaft erwächst. Diese Solidarität war und ist die Quelle unserer Gestaltungskraft, ob im Betrieb, im Lebensumfeld oder in der großen Politik. Deshalb wird dieser Kongress auch Erwartungen an diejenigen formulieren, die derzeit in Berlin über Regierungsbildung und Koalitionsprogramm verhandeln. Es kann

kein einfaches „Weiter so“ im Regierungshandeln geben. Weiter denken ist das Gebot der Stunde. (Beifall) Wir brauchen, Kolleginnen und Kollegen, gute Arbeit durch eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Wir brauchen eine Politik, die industrielle Investitionen in Deutschland ermöglicht und endlich die Energiewende sozial gerecht und ökonomisch erfolgreich ausrichtet. Wir brauchen eine neue Balance in der Europapolitik, die Wachstumsimpulse setzt und Arbeitsplätze schafft

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Anforderungen muss die neue Regierung erfüllen, die wir aber noch nicht haben, wie wir wissen. Simple Koalitionsarithmetik reicht heute nicht mehr zur Regierungsbildung. Entscheidend wird sein, ob die Parteien die Kraft für ein Programm gewinnen, das einer echten Zukunftsstrategie dient. Darin liegt die große Chance auf eine Erneuerung unseres Wirtschaftsmodells, und zwar richtig verstanden als ein Modell sozialer Gerechtigkeit, Teilhabe und von Mitbestimmung. So wichtig Ergebnisse in weiteren politischen Einzelfragen dann auch sein mögen, am Ende zählt, ob ein Koalitionsvertrag zustande kommt, der dieser Erwartung insgesamt gerecht wird. Das jedenfalls werden unsere Messlatte und unser Ziel sein.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, nur mit Gestaltungswillen und Durchsetzungskraft kann man die Verhältnisse zum Besseren wenden. Dafür braucht es, wie wir wissen, durchsetzungsfähige Gewerkschaften. Deshalb investieren wir, die IG BCE, in unsere eigene Stärke - nicht zum Selbstzweck, sondern weil wir wissen, dort wo wir nicht durchsetzungsfähig sind, verdienen die Menschen weniger, dort wo wir nicht sind, gibt es durchgängig schlechtere Arbeitsbedingungen, dort wo wir nicht sind, fehlt es an vielem, manchmal an allem, was wir gute Arbeit nennen. Dort sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohne Schutz und Rechte und weit entfernt von Mitbestimmung und Teilhabe.

Unsere IG BCE ist eine Organisation, die bereit und in der Lage ist, neue Wege zu gehen und Veränderungen als Chance anzunehmen. Unsere IG BCE findet daher wachsende Zustimmung in den Belegschaften bei jungen Beschäftigten, bei Frauen und neuen Arbeitnehmergruppen. Unsere IG BCE erschließt neue Betriebe.

Alles in allem haben wir den Trend gedreht. Dies zeigt vor allem eines: Nichts ist unveränderbar. Und wir haben es selbst in der Hand, unsere Zukunft zu gestalten. Unsere Zukunft steckt auch in 396 Anträgen, die unsere 400 Delegierten und Delegierten in dieser Woche beraten werden. Liebe Delegierte, Ihr seid die Vertreter unserer 663.000 Mitglieder und Träger ihres Vertrauens. Ein herzliches Willkommen an unsere Delegierten. (Beifall)

Die Anträge für den Gewerkschaftskongress sind in einem monatelangen Prozess der Beratung, der Diskussion und der Entscheidungen auf allen Ebenen der Organisation entstanden. Dafür gebührt allen Mitgliedern und Funktionären, die daran beteiligt waren, ein besonders herzlicher Dank. Deshalb auch ein herzliches Willkommen allen Mitgliedern des Hauptvorstandes, des Beirates, den Kolleginnen und Kollegen aus Landesbezirken und Bezirken. Schön, dass Ihr hier in Hannover seid. (Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, nach vorne zu blicken und sich den Herausforderungen zu stellen, das sind das Gemeinsame und das Charakteristische unserer früheren Verantwortungsträger. Stellvertretend für alle, die zum Entstehen unserer IG BCE beigetragen haben, begrüße ich die ehemaligen Vorsitzenden unserer Vorläuferorganisationen, Werner Dick und Hermann Rappe. Schön, dass Ihr da seid. (Beifall)

Besonders begrüßen möchte ich Hubertus Schmoltdt. Vor vier Jahren, lieber Hubertus, standest Du noch genau an dieser Stelle. Ich hoffe, Du fühlst Dich in der ersten Reihe bei Deiner Gewerkschaft wohl. Herzlich willkommen, Hubertus. (Starker Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, um die Zukunft gestalten zu können, ist der Blick auf Gegenwart und Geschichte unerlässlich. Im Frühjahr dieses

Jahres haben wir der Erstürmung der Gewerkschaftshäuser durch die Nationalsozialisten gedacht; denn wir wissen: Wer sich der Geschichte nicht erinnert, ist dazu verdammt, diese zu wiederholen.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat aus Nationalsozialismus und Krieg gelernt und mit der Gründung der Einheitsgewerkschaft ihrer Organisation politische Konsequenzen daraus gezogen. Ein Betrieb, eine Gewerkschaft, ein Tarifvertrag, das war eine gute und bis heute tragfähige Entscheidung. Mit dem DGB haben sich die Einzelgewerkschaften ihr Dach und ihre Stimme gegeben.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße unsere neue stellvertretende Vorsitzende Elke Hannack, die heute Michael Sommer vertritt. Wir wünschen Michael von dieser Stelle aus beste Genesung. Herzliche willkommen, liebe Elke. (Beifall)

Ich begrüße auch die Mitglieder des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands, Annelie Buntenbach, Klaus Matecki. Herzlich willkommen. (Beifall)

Die IG BCE ist immer bestrebt, unser gemeinsames Gewerkschaftsdach stark zu machen. Wenn es darauf ankommt, dann sind wir sogar bereit, einen unserer besten Leute an den DGB abzugeben. Ich begrüße das neu gewählte Mitglied des DGB-Bundesvorstandes, den bis Februar 2014 allerdings noch nicht zum Transfer freigegebenen Leiter unseres Landesbezirks Nordrhein, Reiner Hoffmann. Herzlich willkommen und herzlichen Glückwunsch. (Starker Beifall)

Lieber Reiner, wir sind schon ganz schön stolz auf Dich. Herzlichen Glückwunsch zu Deiner Wahl. Mach was draus. (Beifall)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich sehr, dass auch die Vertreter unserer Schwestergewerkschaften aus dem DGB bei uns zu Gast sind. Ich begrüße Berthold Huber, den Vorsitzenden der IG Metall, (Beifall) Frank Werneke, den stellvertretenden Vorsitzenden von ver.di, (Beifall) Marlis Tepe, die im Juli neu gewählte Vorsitzende der GEW – herzlich willkommen -, (Beifall) Alexander Kirchner, den Vorsitzenden der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft. (Beifall) Wir freuen uns, dass Ihr bei uns seid und unserem Kongress beiwohnt.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn die IG BCE auf Europa blickt, dann aus einem spezifischen Blickwinkel, nämlich dem von fast 180 Millionen Beschäftigten und über 26 Millionen Arbeitslosen. Ob sie nun in Griechenland oder in Irland, in Frankreich oder in Deutschland zu Hause sind, überall wächst die Diskrepanz zwischen den großen Worten und einer eher tristen Einheitsrealität.

Die europäische Finanz- und Wirtschaftskrise bestimmt das Bild. Wenn es nicht gelingt, die Krise erfolgreich und dauerhaft zu bekämpfen, werden ihre Folgen drastisch sein. Europas Krise kostet Wachstum und Arbeitsplätze, sie ist sozial und ökonomisch inakzeptabel. Europas ungelöste Krise bedeutet am Ende eine kollektive Haftung aller Steuerzahler. Europas Krise ist ein enormes Risiko für den sozialen Frieden und für die Stabilität der Demokratie.

Eines ist jedoch als Ergebnis der derzeitigen Politik ganz klar erkennbar: Das Diktat des eisernen Sparens hat kaum geholfen; vielmehr hat es die Probleme verstärkt. Länder wie Griechenland, Portugal, Spanien oder auch Italien legen ein Konsolidierungsprogramm nach dem anderen auf mit dem Ergebnis, dass seit 2009 die Wirtschaftsleistung sinkt. Gleichzeitig ist die Arbeitslosigkeit auf ein erschreckendes und empörendes Niveau gestiegen. 11,8 Prozent Arbeitslosigkeit in Italien, 18 Prozent in Portugal, 27 Prozent in Spanien und Griechenland; die Jugendarbeitslosigkeit liegt, wie wir wissen, deutlich darüber. Und trotz aller Konsolidierungspolitik haben diese Länder seit 2009 neue und zusätzliche Schulden gemacht, eben weil die Einnahmen noch schneller schrumpfen, als gespart werden kann.

Ich hatte Gelegenheit, mit Kolleginnen und Kollegen aus vielen europäischen Ländern zu sprechen. Ich kann sagen: Die Situation ist wirklich bedrückend. In weiten Teilen Europas herrschen heute Verhältnisse, die mit unseren Vorstellungen von fairen und anständigen Arbeits- und Lebensbedingungen absolut unvereinbar sind. Das ist ein sozialer Sprengsatz, der nicht nur die jeweiligen Länder selbst, sondern die ganze Europäische Union zerreißen kann.

Dieses Thema wird den heutigen Tag prägen. Wir freuen uns daher, mit Martin Schulz den Präsidenten des Europäischen Parlaments bei uns zu Gast zu haben. Oft hat er seine Stimme für die Rechte des Europäischen Parlaments erhoben. Immer hat er für seine Vorstellungen eines vereinten Europas gestritten. Und wer weiß besser als er, dass Europa am Scheideweg von Auseinanderbrechen oder Vertiefung steht?

Dass der europäische Einigungsprozess nie einfach war, das wissen wir, und dass er nie unumstritten war, auch.

Wir haben als Gewerkschaften auch unterschiedlichste Erfahrungen gemacht. Uns eint jedoch, dass wir das Spardiktat in zahlreichen europäischen Ländern kritisch sehen. Ja, die Länder müssen ihre Reformbemühungen fortsetzen, und sie müssen auch konsolidieren, und, ja, sie müssen ihre innerstaatlichen Strukturen reformieren. Aber sie brauchen am Ende Investitionen und Wachstum nach Art eines europäischen Marshallplans.

Dazu muss die Stimme der Belegschaften in Europa lauter werden, Kolleginnen und Kollegen. Deshalb haben wir uns auf europäischer Ebene eine neue und schlagfähige Form gegeben und die IndustriAll European Trade Union gegründet. Darin vertreten wir 7 Millionen Beschäftigte aus rund 230 europäischen Gewerkschaften aller Industriebereiche.

Diese neue starke Organisation flankiert und unterstützt die Arbeit des Europäischen Gewerkschaftsbundes, um gemeinsam für ein soziales Europa zu streiten. Denn auch in diesem Fall gilt: Nur gemeinsam sind wir stark. Ich freue mich - auch als Präsident der IndustriAll European Trade Union -, die Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes, Bernadette Ségol, begrüßen zu können. Herzlich willkommen, Bernadette und lieber Martin! (Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, um unser Ziel eines sozialen Europas zu erreichen, können wir uns als Gewerkschaft nicht nur auf Dritte verlassen, sondern wir müssen die Dinge auch selbst aktiv in die Hand nehmen. Wir werden die Arbeit unserer eigenen europäischen Institutionen intensivieren und sollten dabei auch neue Wege gehen. Wir können die Möglichkeiten der neuen europäischen Bürgerinitiative oder einer anderen geeigneten Form vorantreiben, um unsere Vorstellungen und Forderungen deutlicher zu machen und umzusetzen. Denn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie ihre Organisationen in Europa benötigen verbriefte europäische Partizipationsrechte auf der Ebene der Unternehmen und der Betriebe. Denn wenn es in Deutschland in der Krisenbewältigung so relevant war, dass Betriebsräte und Gewerkschaften Instrumente der Zusammenarbeit und der betrieblichen Gestaltung nutzen konnten: Warum soll das anderswo anders sein?

Zweitens. Wir weisen leichtfertige Interventionen im Zuge der europäischen Sparpolitik zurück. Es wird dabei immer nicht Halt gemacht auch vor der Freiheit der Tarifautonomie. Im Gegenteil: Es gibt offene und unverblühte Lohndiktate. Dagegen müssen sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa laut wehren. (Beifall)

Drittens. Sozialpolitik ist verständlicherweise Sache der Mitgliedsstaaten. Das darf aber nicht heißen, dass sich Europa aus der Frage von sozialen Mindeststandards heraushält. Ein Europa ohne definierte soziale Mindeststandards ist lediglich eine bloße Wirtschaftsgemeinschaft und bleibt somit unvollendet. Wir werden all diese Punkte in den Gremien der IndustriAll European Trade Union, dem DGB und dem EGB einbringen und diskutieren und dann gemeinsam europäisch handeln. Denn wir brauchen ein

Europa der Hoffnung und der Zukunft. Dafür muss auf allen europäischen Ebenen gestritten werden – vor allen Dingen aber im Europäischen Parlament.

Im Mai nächsten Jahres wird es neu gewählt. Rechtspopulistische Parteien sehen das als Gelegenheit, gegen Europa Stimmung zu machen und ihr nationalistisches Süppchen zu kochen. Wir können schon seit Längerem beobachten, wie rechtsextreme Gruppen und Parteien europaweit versuchen, an Einfluss zu gewinnen - sei es durch Gewaltakte auf der Straße, sei es an den Wahlurnen. Und schon aus diesem Grund müssen wir dagegenhalten und für unsere Vorstellungen eines toleranten, eines gerechten und eines sozialen Europas streiten. (Beifall) Europa, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist erst dann vollendet, wenn wir es auch ein soziales Europa nennen können.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die „Idee Europa“ kann viele Formen und Ausprägungen haben. Wenn wir von Europa sprechen, so meinen wir damit immer auch ein Europa der Regionen.

Niedersachsen ist eine wichtige deutsche wie europäische Industrieregion. Niedersachsen ist eng mit der europäischen Wirtschaft verflochten. 63 Prozent der niedersächsischen Exportleistung gehen in die europäischen Märkte. Wir freuen uns, dass der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil gegen 17 Uhr bei uns eintreffen wird.

Die niedersächsische Landeshauptstadt Hannover, liebe Kolleginnen und Kollegen, zählt zu den Metropolen mit einer langen Gewerkschaftstradition. Hier wurde 1890 im historischen Ballhof eine unserer Vorläuferorganisationen, der Fabrikarbeiterverband, gegründet. Seit 123 Jahren gehören wir zu dieser Stadt und schätzen das dauerhaft gute und enge Verhältnis. Ich begrüße und ich beglückwünsche daher unser IG-BCE-Mitglied, den frisch gewählten Oberbürgermeister der Stadt Hannover, Stephan Schostok. Herzlich willkommen! (Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die grenzüberschreitende Solidarität gehört zu den genetischen Grundausstattungen von Gewerkschaften. One World, eine Welt - das ist auch unser Kredo, und deshalb freue ich mich besonders, dass rund 90 Vertreter von Gewerkschaften aus 28 Ländern an unserem Kongress teilnehmen, darunter zahlreiche Vorsitzende und Generalsekretäre. Euch allen ein herzliches Willkommen! (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße den CDA-Bundesvorsitzenden Karl-Josef Laumann und den Parlamentarischen Staatssekretär Ralf Brauksiepe. Herzlich willkommen bei der IG BCE! (Beifall)

Für die LINKE begrüße ich einen ihrer beiden Vorsitzenden, den Kollegen Bernd Riexinger. Herzlich willkommen! (Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir leben in einem föderalen Staatswesen, und die Bundesländer sind ebenso wichtig wie der Deutsche Bundestag oder die Bundesregierung. Als Vertreterinnen und Vertreter des niedersächsischen Landtags begrüße ich für die SPD Herrn Roland Schminke, für die niedersächsischen Grünen die Fraktionsvorsitzende, Frau Anja Piel, den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Herrn Dirk Toepffer. Ihnen allen ein herzliches Willkommen! (Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir freuen uns sehr über das Interesse der Kirchen und Glaubengemeinschaften an unserem Kongress. Wir stehen in regem Kontakt und tauschen unsere Gedanken regelmäßig aus. Wir begrüßen herzlich Herrn Dieter Graumann, Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, und Herrn Aiman Mazyek, Vorsitzender des Zentralrates der Muslime, bei uns. Herzlich willkommen! (Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die IG BCE ist bekannt für eine sozialpartnerschaftliche Politik. Sozialpartnerschaft bedeutet Handeln auf Augenhöhe und die Bereitschaft, unterschiedliche Interessenlagen anzuerkennen und zu verantwortungsvollen Kompromissen zu gelangen. Ich freue mich daher, auch Vertreter der Wirtschaft begrüßen zu dürfen. Stellvertretend für die zahlreich anwesenden Sozialpartner aus Verbänden und Unternehmen begrüße ich Herrn Dr. Reinhard Göhner, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, (Beifall) Frau Margret Suckale, Präsidentin, und Herrn Wolfgang Goos, Hauptgeschäftsführer des Bundesarbeitgeberverbandes Chemie, (Beifall) Herrn Dr. Werner Müller, Vorstandsvorsitzender der RAG-Stiftung, (Beifall) Herrn Dr. Klaus Engel, Vorstandsvorsitzender der Evonik Industries AG, (Beifall) Herrn Bernd Tönjes, Vorstandsvorsitzender der RAG AG. Herzlich willkommen! (Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein wesentlicher Teil der betrieblichen und Unternehmensmitbestimmung wird durch unsere Arbeits- und die Personaldirektoren repräsentiert. Wir tauschen uns regelmäßig zu wichtigen Themen aus. Es sind einfach zu viele, um sie alle persönlich begrüßen zu können. Ich freue mich, dass ihr alle bei uns seid. Herzlich willkommen! (Beifall)

Und schließlich begrüße ich die Vertreter der Medien, die über unseren Kongress berichten werden. Herzlich willkommen! Nehmen Sie sich die Zeit, mit uns weiter zu denken. (Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Delegierte, wir verstehen unser Kongressmotto zugleich als Einladung für einen Diskurs an Wirtschaftspolitik und Gesellschaft. Denn es ist Zeit weiterzudenken: für gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit, für einen neuen Aufbruch in Deutschland und Europa.

Ich wünsche uns allen jetzt noch eine vergnügliche Eröffnungsveranstaltung mit Kultur und mit Politik. Ich danke für die Aufmerksamkeit mit einem herzlichen Glück auf. (Beifall – Musik – nach wenigen Sekunden abgebrochen)

MARTIN SCHULZ (Präsident des Europäischen Parlaments)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Lieber Michael Vassiliadis! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben an der kleinen Unsicherheit gesehen, wir wussten nicht, wie es weitergeht: Kommt jetzt erst Kultur oder komme ich? Ich versuche einmal, beides miteinander zu verbinden. (Beifall)

Ich darf mich herzlich bedanken, Herr Vorsitzender, für die Einladung, als Präsident des Europäischen Parlaments zur Eröffnung dieses Kongresses sprechen zu dürfen.

Ich bin gebeten worden, etwas zu der Frage zu sagen, die uns alle bedrängt: Was ist die Zukunft Europas? Was ist die Zukunft der Europäischen Union? Bricht sie auseinander oder vertiefen wir Sie?

Ich will damit beginnen, dass eine politische Erfahrung von allen, die in der Politik tätig sind, auch von allen, die in der Gewerkschaftsbewegung tätig sind, die ist: Wenden sich Menschen von einer Idee ab, dann ist die Idee früher oder später verloren. Die historische Erfahrung, die wir alle in unterschiedlicher Form kennen, ist: Wenn das Volk nicht mehr hinter der Idee steht, dann hat die Idee, welcher Art sie auch sein mag, keine Zukunft.

Das ist eine schlechte Botschaft für Diktatoren. Denn früher oder später, wenn das Volk sich gegen das System erhebt, ist es gescheitert. Gott sei Dank! (Beifall) Aber das ist auch eine Warnung an uns, die Demokraten, in den Demokratien auf nationaler oder in der Demokratie auf transnationaler Ebene: Wendet sich das Volk von einer Idee ab, dann scheitert die Idee.

Ich will Ihnen deshalb als Präsident des Europäischen Parlaments meine Sorge vortragen. Ähnlich wie Michael Vassiliadis seine internationalen Gesprächspartner trifft und die ihm die Sorgen und Nöte von Menschen in vielen Ländern der Europäischen Union vortragen, die nicht mehr den Charakter des Vortrags von Sorgen und Nöten alleine haben, sondern die zu einem ganz großen Teil Schreie der Verzweiflung sind, so ähnlich ergeht es mir jeden Tag.

Immer mehr Menschen verlieren das Vertrauen in die Europäische Union, weil sie nicht das Gefühl haben, dass diese Union gerecht ist, weil sie nicht mehr das Gefühl haben, dass das Versprechen eingehalten wird, das hinter der Idee der europäischen Einigung stand, dass wir eben nicht nur mehr Frieden haben. Vielmehr war die Idee von Europa, dass Staaten und Nationen über Grenzen hinweg zusammenarbeiten, in gemeinsamen Organen, die sie sich geben, weil man sich im Rahmen dieser Organe gegenseitig stärken kann, weil man über Grenzen hinweg zusammenarbeiten kann, um vor allen Dingen den großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gegenüber gemeinsam stärker gewappnet zu sein als alleine. Die Idee war, dass Staat und Völker über Grenzen hinweg arbeiten, weil sie wissen: Mit gemeinsamen Regeln verhindert man, dass ein hemmungsloser Spekulationskapitalismus, wie wir ihn in den letzten 20 Jahren erlebt haben, so stark ist, dass er ganze Volkswirtschaften in den Abgrund zieht und dass er Arbeitnehmerbewegungen des einen Landes gegen die des anderen Landes ausspielt. Die Idee von Europa war, dass die Stärkung der Wirtschaft auch mit der Stärkung der Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern begleitet werden muss. (Beifall) Aber immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben den Eindruck: Das ist nicht so; diese Europäische Union, so wie sie ist, gewährleistet das nicht mehr. Wir sehen den Vorrang für den Wettbewerb, das „Wettbewerbs-Europa“. Aber es ist nicht das Europa, das uns versprochen worden ist.

Immer mehr Menschen, denen ich begegne, haben diesen Blick auf Europa. Deshalb gehöre ich nicht zu denjenigen, die sich etwas vormachen. Wann immer in der Geschichte Menschen sich in Massen von einer Idee abgewendet haben, ist diese Idee irgendwann gescheitert.

Nur, wenn Europa scheitert, dann scheitert nicht eine Idee alleine. Dann scheitert etwas, was uns viel wert sein sollte: Es scheitert die historische Antwort Europas in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf die politischen, die psychologischen und moralischen Verheerungen, die dieser Kontinent hat erleiden müssen.

Gerade als deutscher Präsident des Europäischen Parlaments will ich sagen: Das 20. Jahrhundert war geprägt vom Ersten Weltkrieg mit seinen 7 Millionen Toten, dem Versailler Vertrag und seiner verheerenden Botschaft, dass die Deutschen allein schuld seien und dass sie auf die Knie müssten, an den Pranger und zahlen bis ans Ende aller Tage. Es war geprägt von den verheerenden Auswirkungen, die nicht nur dieser, aber auch dieser Vertrag gehabt hat, vor allem in unserem Lande. Es war geprägt von 1933 und 1945 – dazu brauche ich in dieser Versammlung nichts zu sagen: 55 Millionen Tote und 6 Millionen ermordete Juden und Auschwitz als Tiefpunkt der Zivilisationsgeschichte.

Aber nach 1945 gab es kein zweites Versailles, sondern die Antwort an uns Deutsche: Nicht, Ihr habt jetzt für immer verspielt, sondern: Mutige Männer und Frauen in anderen Ländern Europas, in Belgien, in Luxemburg, in den Niederlanden, in Frankreich und Italien haben – übrigens nicht mit Beifall begleitet, sondern mit viel Engagement um Zustimmung werbend – die Auffassung vertreten: Wenn wir jemals dauerhaften Frieden auf diesem Kontinent haben wollen, wenn wir jemals soziale Stabilität auf diesem Kontinent haben wollen, wenn wir in der Zukunft verhindern wollen, dass die Völker wieder aufeinander gehetzt werden, dann müssen wir es den Deutschen ermöglichen, eine eigene Demokratie aufzubauen. Und das gelang.

Ich finde, wenn die Deutschen auf etwas stolz sein können, dann darauf, dass sie nach dem Zweiten Weltkrieg die richtigen Konsequenzen gezogen haben und ihren

Beitrag dazu geleistet haben, dass wir, die Deutschen, bis 1990 im Westen und als gesamtdeutsche wiedervereinigte Nation seit 1990 bis heute unseren Beitrag dazu geleistet haben, dass es eine gerechte, eine stabile europäische Demokratie gibt, in der der Respekt der Völker voreinander und die Würde eines jeden einzelnen Menschen die Grundlage allen nationalen und die Grundlage des internationalen Handelns sein müssen.

Das kam nicht von selbst. Das ist uns Deutschen als Geschenk gemacht worden. Deshalb sage ich als aus Deutschland stammender Präsident des Europäischen Parlaments: Wenn es ein Land gibt, das eine moralische Verpflichtung hat, sich für Europa einzusetzen, dann ist es die Bundesrepublik Deutschland. (Beifall)

Aber, meine Damen und Herren und liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Gefühl des Respekts voreinander, das Gefühl, dass die Würde eines jeden einzelnen Menschen im Vordergrund des Handelns aller Institutionen, der nationalen wie der europäischen, zu stehen hat, geht vielen Menschen verloren.

Fangen wir in unserem Land an: Wir sind das reichste Land der Europäischen Union. Das heißt nicht, dass in unserem Land alle Menschen reich sind. Das ist übrigens eine Parallele zu Europa: Europa ist der reichste Kontinent der Welt, aber das heißt nicht, dass alle Europäerinnen und Europäer wohlhabend sind.

Wir erlauben uns im reichsten Land Europas, in der Bundesrepublik Deutschland, keinen Mindestlohn zu haben. (Beifall) Wir erlauben uns im reichsten Land Europas, dass wir Bilder aus der Fleischindustrie sehen – ich nehme nur dieses kleine Beispiel -, dass Menschen für drei Euro oder weniger in der Stunde arbeiten – nicht als Arbeitnehmer, sondern als Scheinselbstständige, die Subunternehmerverträge unterschrieben haben und von den weniger als drei Euro auch noch in einen Verschlag gepfercht werden, der sich Wohnung nennt und für den sie dann auch noch Miete bezahlen sollen. Das hat nichts mit Bezahlung zu tun, sondern mit Sklaverei. Das ist einer Industrienation wie der Bundesrepublik Deutschland unwürdig. (Beifall)

Wir sind der reichste Kontinent der Welt, aber der Reichtum in Europa ist ungerecht verteilt. In Athen wühlen Menschen in Mülltonnen, um etwas Essbares zu finden, und superreiche Griechen kaufen die teuersten Immobilien in London oder in Berlin. Wie wollen wir uns wundern, wenn Menschen das Vertrauen in die Gerechtigkeit in Europa verlieren?

Ganz sicher trifft zu, was der Vorsitzende Vassiliadis gesagt hat: Wir können nicht akzeptieren, dass in einigen Staaten Europas - die wir salopp als Krisenstaaten bezeichnen, obwohl eines dieser Länder, nämlich Italien, zu den G8-Staaten gehört - jetzt im fünften Jahr nacheinander eine Politik verfolgt wird oder diesen Ländern aufoktroiiert wird, nur einseitig die Haushalte zu kürzen.

Ich will hier für mich persönlich eines sagen: Ich bin fest davon überzeugt, auch wenn ich weiß, dass das, was ich jetzt sage, in meiner politischen Richtung nicht sehr populär ist, dass Haushaltskonsolidierung notwendig ist. Das ist eine Frage der Generationengerechtigkeit: Wir können nicht erwarten, dass noch unsere Kinder und deren Kinder unsere Schulden bezahlen müssen. Ich habe in meiner Generation von meinen Eltern weniger Schulden geerbt als ich meinen Kindern hinterlassen werde. Deshalb glaube ich, dass sanierte Haushalte auch eine Frage der Generationengerechtigkeit sind, gerade in der demografischen Situation, in der wir uns befinden, in der wir immer älter werden, aber immer weniger junge Menschen haben. Wir können diese Frage nicht ausblenden, das ist eine Frage der Generationengerechtigkeit.

Aber man muss kein Professor der Volkswirtschaft sein, um zu begreifen, dass sich öffentliche Haushalte nicht einseitig durch Kürzungen sanieren lassen. Man muss auch auf die Einnahmeseite schauen.

Deshalb kann es doch nicht sein, dass es in Europa Unternehmen gibt, wie zum Beispiel bei uns in Deutschland ein amerikanisches Internetunternehmen, das drei Milliarden Euro Gewinn macht und keinen Pfennig Steuern zahlt. (Beifall)

Hier ist heute auch ein Vertreter der Bundesregierung anwesend, nämlich Herr Brauksiepe, von dem ich weiß, dass er, auch wenn er Vertreter der Bundesregierung ist, hundertprozentig meiner Meinung ist: Wir brauchen kein europäisches Finanzministerium, um das Grundprinzip in allen 28 Ländern der EU durchzusetzen: Dort, wo der Unternehmensgewinn anfällt, wird auch die Steuer gezahlt. Das ist eine relativ einfache Maßnahme. (Beifall)

Meine Damen und Herren, wenn wir das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die europäische Einigung nicht zurückgewinnen, dann werden wir die EU nicht vertiefen. Dann werden – Michael hat darauf hingewiesen – die Rechtspopulisten bei der Europawahl den Wahlkampf für sich monopolisieren, nach dem Motto: Schafft es doch ab, lasst es doch sein, national ist doch alles viel besser!

Ich will gegen dieses Wolkenkuckucksheim, das sich so schön anhört, aber das so gefährlich ist, etwas anderes dagegensetzen. Herr Vassiliadis, Sie haben auf die Europawahl hingewiesen, die im kommenden Jahr stattfinden wird. Ich muss Ihnen, den Gewerkschaftsvertreterinnen und Gewerkschaftsvertretern hier nicht sagen, wie wichtig diese Wahl ist; das wissen Sie alle. Weil Sie alle das wissen, ist auch die Wahlbeteiligung so niedrig. Vielleicht schaffen wir es einmal zu begreifen, wie signifikant der Widerspruch in dem ist, was mir am Stammtisch in meiner Heimatstadt gesagt wird. Die Kumpels von mir, mit denen ich Fußball gespielt habe und die ich von Zeit zu Zeit in meiner Stammkneipe treffe, sagen mir: „Es ist ja schon so, 70 Prozent der Gesetze kommen aus Brüssel.“ Drei Sätze später sagen sie mir: „Du mit deinem Europaparlament, Ihr habt doch eh nichts zu sagen.“ Ja, was denn jetzt?

Das Gefährliche an diesem Denken, meine Damen und Herren, ist folgendes: Die Marktfreiheit in Europa, die Radikalität des Wettbewerbs in Europa existiert bereits. Wenn wir dem die Waffengleichheit von Kapital und Arbeit auch auf der europäischen Ebene entgegensetzen wollen, dann wird das nur über eine Stärkung des Parlamentarismus auf europäischer Ebene gelingen. Denn eine Erfahrung in der nun fast zweihundertjährigen Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung ist: Wann immer es einen nachhaltigen sozialen Fortschritt gab, dann war es der, der in Gesetze gegossen worden ist. Deshalb ist die Grundvoraussetzung für sozialen Fortschritt mehr Parlamentarismus. Deshalb müssen die Gewerkschaften das Europaparlament mit einer möglichst großen Wahlbeteiligung stark machen. Meine Bitte ist, dass Sie mit dafür sorgen. (Beifall)

Ich möchte Ihnen, meine Damen und Herren, zum Abschluss zwei kleine Begebenheiten erzählen. Als Beispiel dafür, warum ich so für mehr soziale Gerechtigkeit in Europa und vor allen Dingen für eine bessere Zukunftsperspektive für die jungen Männer und Frauen auf unserem Kontinent, nicht nur in unserem Land, sondern in allen Ländern, kämpfe, will ich Ihnen eine kleine Begebenheit aus Madrid, von einer Begegnung, die ich dort mit einer jungen Frau hatte, erzählen. (Unruhe) – Ich wusste gar nicht, dass Sie so denken. (Heiterkeit) Da waren noch 29 andere junge Männer und Frauen dabei; ich habe mit denen diskutiert. (Beifall)

30 ausgewählte junge Männer und Frauen in Madrid im Alter von 18 bis 30 Jahren: alle arbeitslos, zum Teil mit zwei, drei akademischen Abschlüssen: alle arbeitslos. Dort war eine 26-jährige junge Frau, die mir gesagt hat: Ich bin Architektin und Psychologin. Daraufhin habe ich gesagt: Architektin und Psychologin, das ist eine seltene Kombination. Warum? - Sie hat mir gesagt: Die Architekten haben keine Ahnung von Psychologie. Deshalb bauen sie Häuser, in denen niemand leben kann. (Heiterkeit)

Ich habe sie gefragt: warum Psychologie und Architektur? - Sie hat gesagt: Die Humanwissenschaftler haben keine Ahnung von Technik, aber wir leben im technischsten Zeitalter der Menschheitsgeschichte. - Ich fand, dass allein die Antwort

pfiffig war und dass es vielleicht gerechtfertigt gewesen wäre, der jungen Frau eine Chance zu geben.

Sie hat mir gesagt: Ich wandere nach Lateinamerika aus. In Spanien gibt es für mich keinen Platz. - Ich habe ihr nicht gesagt, dass mir der Botschafter des lateinamerikanischen Landes, in das sie auswandern wollte, wenige Tage zuvor gesagt hatte, dass sein Land in diesem Jahr die Grenzen für Europäer schließt.

Wir sind der reichste Kontinent der Welt und haben in vielen Ländern für die jungen Männer und Frauen keinen Platz. Wie wollen wir denn erwarten, dass sie sich für ein Europa einsetzen, in dem es möglich ist, dass sich Banken auch nach dieser Bankenkrise für 0,5 Prozent Zinsen Geld bei der EZB leihen, sich aber weigern, es in die reale Wirtschaft zu investieren, sondern mit dem Geld schon wieder an internationalen Finanzplätzen spekulieren, um - ich zitiere Herrn Ackermann - 25 Prozent Rendite dabei herauszuholen? (Beifall)

Ich glaube, dass wir Europa vertiefen müssen. Denn ein starker, werteorientierter Kontinent darf soziale Gerechtigkeit, den Schutz unserer Umwelt, den Schutz der Grundrechte eines jeden einzelnen Menschen, die Gewerkschaftsrechte, das Streikrecht, das Wahlrecht und die Versammlungsfreiheit, die Meinungsfreiheit, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Unverletzlichkeit der Person, das Folterverbot sowie die Abschaffung der Todesstrafe nicht als europäische Privatangelegenheiten bezeichnen. Vielmehr muss sich dieser Kontinent ökonomisch und politisch so stark machen, dass wir in den Handels- und Währungsbeziehungen mit anderen Kontinenten dieser Welt sagen können: Wer dauerhaft mit den Europäern Handel und Wandel treiben will, der muss auch die Standards der Europäer berücksichtigen.

Es kann doch nicht sein, dass wir uns als Europäer selbst so schwächen, indem wir wieder gegeneinander arbeiten, anstatt einen Block von 500 Millionen Menschen, politisch stark vertreten, zu bilden, der sagen kann: Ja klar, in anderen Kontinenten dieser Erde wird billiger produziert. Aber warum? - Weil der niedrigste Sozialstandard, der niedrigste Umweltstandard, der niedrigste Lohn, die niedrigste Mitbestimmung, die längste Arbeitszeit und die hemmungsloseste Ausbeutung einen Wettbewerbsvorteil gegenüber einem Kontinent sind, der diese Rechte schützt.

Wie wäre es denn, wenn ein starkes Europa sagt: Wer Zugang zu unseren Märkten haben will, der muss auch unsere Werte und unsere Rechte respektieren. Das wäre auch ein Stück Export. (Beifall)

Wenn wir das schaffen, dann machen wir keinen Schritt zurück. Das ist kein europäischer Imperialismus, bei dem wir unsere Werte anderen Leuten aufzwingen. Nein, dies ist die Grundvoraussetzung dafür, dass endlich auch denjenigen Menschen in den Regionen, in denen Menschen aus lauter Hoffnungslosigkeit ihre Heimat verlassen, um nach Europa zu kommen, eine Perspektive gegeben wird. Ich bin dafür, dass wir auf diese Weise die Fluchtursachen bekämpfen: als ein solidarisches Europa nach innen, das sich dadurch stärkt, dass es gemeinsam arbeitet und als ein politischer Kontinent auftritt, der Solidarität in die Welt trägt. Ursachenbekämpfung ist eine konkrete Maßnahme.

Meine Damen und Herren, die Bekämpfung der Fluchtursachen - hier lehne ich jede Polemik ab - ist eine mittel- und langfristige Perspektive. Sie kann nicht dafür herhalten, denjenigen, die in den aktuellen Fällen vor Lampedusa gerade mit dem nackten Leben davongekommen sind, kleinen Kindern, die ihre Eltern haben ertrinken sehen, die Hilfe zu verweigern. Ich glaube, wir müssen beides tun: aktiv helfen in der Situation, in der wir stecken, und langfristig unseren europäischen Beitrag dazu leisten, dass wir ein solidarischer Kontinent nach innen sind. Wir müssen gestärkt sein und auf gleicher Augenhöhe mit anderen Teilen dieser Welt stehen. Als werteorientierte Staatengemeinschaft müssen wir aber auch dafür sorgen, dass Solidarität in anderen Regionen dieser Welt kein Fremdwort bleibt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. (Starker Beifall)

DUNJA HAYALI

Jetzt bin ich bei Ihnen. Jetzt wissen Sie, wie es weitergeht: Sie müssen wahrscheinlich noch zwei, drei Fragen beantworten.

MARTIN SCHULZ (PRÄSIDENT DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS)

Gerne.

DUNJA HAYALI

Ganz kurz für Sie: Mein Name ist Dunja Hayali. Ich darf Sie durch diese Veranstaltung führen.

Wir haben einige Beiträge in Form von Reden, aber wir werden gleich auch noch künstlerische Beiträge haben. Zuvor, wenn Martin Schulz schon hier ist, würde ich gerne noch ein Thema mit Ihnen aufgreifen. Als wir uns das letzte Mal gesehen haben, ist dies nicht in Madrid gewesen, sondern das war am Wahlabend in Berlin. Man könnte jetzt auch über Koalitionsverhandlungen oder über Arbeitslosigkeit sprechen. Aber es geht tatsächlich um Lampedusa.

Sie haben in den vergangenen Tagen etliche Interviews gegeben. Sie betonen immer wieder, dass sowohl Kommission als auch Parlament eigentlich bereit wären, etwas zu ändern, aber dass die einzelnen Staaten nicht wirklich bereit sind. Woher nehmen Sie nach dem Treffen der Innenminister Ihre Zuversicht, dass sich doch etwas ändern wird? Denn danach sieht es - so schlimm es ist - nicht aus.

MARTIN SCHULZ (PRÄSIDENT DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS)

Zunächst einmal haben die Innenminister einen klugen Beschluss gefasst. Sie haben Frontex, also die Grenzschutzagentur, zum ersten Mal nicht mit zusätzlichen Abwehrinstrumentarien ausgestattet, sondern Frontex bekommt über das sogenannte EUROSUR-System eine Möglichkeit, und zwar technisch und auch organisatorisch, früher zu erkennen, wenn im Mittelmeer Menschen mit kleinen Booten unterwegs sind. Frontex bekommt auch das Recht, diesen Leuten dann unmittelbar zu helfen. Heute hat Frontex die Aufgabe, sie zurückzubringen, sie zurückzuschicken. Jetzt bekommt Frontex - das ist ein kleiner Schritt nach vorne in die richtige Richtung - auch die Erlaubnis, diese Leute konkret zu unterstützen.

Ich habe nicht gesagt, dass ich hoffnungsvoll bin, was die Innenminister angeht. Aber ich schaue in mein E-Mail-Account. Es gibt eine Anzahl von Attacken nach dem Motto: Du bist ein dämlicher Gutmensch, der keine Ahnung hat und das Elend der Welt nach Deutschland holen will. - Diese Tonlage bekomme ich jeden Tag zu hören. Die Anzahl dieser E-Mails ist gleich geblieben. Aber die Anzahl von Zuschriften von Bürgerinnen und Bürgern, die sagen: „Das, was geschieht, ist eine Schande für Europa. Tut endlich etwas mehr dafür, dass diese Leute, wenn sie auch nicht dauerhaft hierbleiben können, aber so doch wenigstens zeitlich begrenzt, geschützt werden“, hat zugenommen. Wann immer der Druck im Kessel steigt, steigt er nicht nur bei uns, sondern auch in den nationalen Hauptstädten. Deshalb glaube ich, wird sich da etwas bewegen.

DUNJA HAYALI

Sie sprechen von Schande. Alle sagen jetzt, das Mittelmeer sei der Friedhof Europas. Alle sind schockiert und bedauern das, was passiert ist. Glauben Sie ernsthaft, dass zum Beispiel Dublin II oder eine geregelte Aufnahme von Flüchtlingen in den nächsten Wochen und Monaten wirklich möglich ist?

MARTIN SCHULZ (PRÄSIDENT DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS)

Nein, das glaube ich nicht, aber ich kämpfe dafür, dass es möglich gemacht wird. Ich muss Ihnen nicht erklären, dass eine überwältigende Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament seit jeher der Auffassung ist, dass Dublin II nur das politische Asyl abdeckt. Aber wir wissen, dass ganz viele Leute vor Bürgerkriegen oder Naturkatastrophen fliehen und dass sehr viele Menschen ihre Heimat auch deshalb verlassen, weil sie dort keine Perspektive haben. Deshalb brauchen wir in Europa Rechtsinstrumentarien, die den zeitlich begrenzten Schutz von Leuten regeln, die eben nicht wegen politischer Verfolgung, sondern zum Beispiel aus einem Bürgerkriegsgebiet kommen. Was wir auch brauchen, ist - das muss man einfach so präzise formulieren - ein legales Einwanderungssystem. Europa ist ein Einwanderungskontinent. Man kann nicht sagen: Wir haben keine Einwanderung. Doch, schaut ins Mittelmeer! Wir haben eine Zuwanderung nach Europa.

Was ich nur möchte, ist, dass sie geregelt erfolgt, denn eine geregelte Einwanderung haben alle großen Einwanderungsregionen dieser Erde. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben zum Beispiel ein konkret geregeltes Einwanderungssystem, Kanada, Australien, Neuseeland, die südamerikanischen Länder. Ich hatte am Freitag das Privileg, den Papst zu treffen. Der Papst hat mir gesagt: Ich bin das Kind italienischer Einwanderer nach Argentinien. Die konnten dort legal einwandern. Der beste Schutz gegen die illegale Einwanderung, die Schlepperbanden, die dahinter stecken, ist ein legales Einwanderungssystem, wo jemand beantragen kann, und dann kommt er auf eine Liste. Dann kann er einwandern.

DUNJA HAYALI

Sie kritisieren unter anderem auch Deutschland, weil Deutschland tatsächlich mehr Flüchtlinge aufnehmen könnte. Der Innenminister sagt Ihnen: Deutschland hat ungefähr – Sie haben die Zahlen besser im Kopf als ich – 77.000 aufgenommen. Italien hat, glaube ich, 15.000 aufgenommen. Italien bekommt Geld aus den EU-Töpfen, 137 Millionen allein in diesem Jahr. Der Innenminister hat Ihnen vorgeworfen, Sie hätten keine Sachkenntnis, Ihnen fehle da ein bisschen was. Was sagen Sie dem Innenminister?

MARTIN SCHULZ (Präsident des Europäischen Parlaments)

Ich sage das noch einmal: Ich finde es nicht sinnvoll, dass man sich auf dieser Ebene angesichts dieser Dramatik begegnet. (Beifall) Das ist ein tolles Argument. Wenn man einem politischen Gegner ausweichen will, sagt man ihm: Du hast keine Ahnung. Ich sage Ihnen: Ich kenne die Statistik, die er zitiert hat, auch, nach der die Italiener 17.000 und die Deutschen 77.000 aufgenommen haben. Nach dieser Liste hat aber Frankreich mehr Aufnahmen aus Deutschland. Frankreich hat aber 20 Millionen Einwohner weniger als die Bundesrepublik Deutschland.

Jetzt könnten wir uns natürlich über diese Statistiken eine Stunde lang unterhalten. Mein Gott noch einmal, wo führt das hin? Wir wissen alle, dass die Ärmsten der Armen, die jetzt auf Lampedusa hocken, nicht auf Lampedusa bleiben können. Ich will auch nicht, dass Deutschland ein paar mehr aufnimmt, ich will, dass auch Deutschland ein paar mehr aufnimmt. Das Problem der EU ist Folgendes: Wir haben 28 Mitgliedstaaten. Aber das Problem ist sehr konzentriert im Mittelmeer. Ganz viele andere Staaten – dazu gehört Deutschland übrigens nicht – machen sich einen schlanken Fuß. Deshalb hätte ich gerne, dass wir vielleicht folgende Herangehensweise haben, wenn wir schon über Zahlen reden: 10.000 Flüchtlinge auf einer Insel wie Lampedusa mit 6.000 Einwohnern sind für diese Insel eine Katastrophe. 10.000 Flüchtlinge verteilt unter 500 Millionen Menschen in der Europäischen Union insgesamt, das müsste doch machbar sein! (Beifall)

DUNJA HAYALI

Sie haben Recht, Statistiken sind keine Lösung. Wir können nur hoffen, dass sich das über den Winter ein bisschen regeln wird, weil dann bekannterweise die Flüchtlingsströme etwas abnehmen, weil die See noch rauer wird. Hoffen wir, dass das Medieninteresse an dem Thema hoch bleibt. Sonst wird wahrscheinlich der Druck auf die Politik so oder so heruntergehen.

Martin Schulz herzlichen Dank.

MARTIN SCHULZ (Präsident des Europäischen Parlaments)

Vielen herzlichen Dank auch Ihnen. (Beifall)

DUNJA HAYALI

Ich hatte Ihnen eben schon versprochen: Wir haben auch künstlerische Beiträge. Der erste, den Sie gleich auf der Bühne sehen werden, verbindet Moderne mit Tradition. Im Grunde verbinden sie das, worum es bei uns geht, wenn man den Reden zugehört hat: Wie soll eine moderne Gesellschaft aussehen? Welchen Weg wollen wir beschreiten? Natürlich sollen wir nach vorne schauen. Das ist ja auch das Motto Ihres Kongresses. Aber man soll dabei die traditionellen Werte nicht verlieren.

Das, was Sie jetzt sehen, verbindet genau das in Perfektion. Ich wünsche Ihnen viel Spaß mit Breaking Mozart.

Breaking Mozart, Klassik trifft auf Moderne

DUNJA HAYALI

Christoph Hagel, wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, sind Sie so ein bisschen der musikalische Leiter. Kann man das so sagen?

CHRISTOPH HAGEL

Ja, kann man so sagen.

DUNJA HAYALI

Das, was wir jetzt gesehen haben, was war das genau?

CHRISTOPH HAGEL

Das war ein Ausschnitt aus dem Programm „Breaking Mozart“, einem Stück, das ich zusammen mit der DDC entwickelt habe, das wir schon in Bayern gezeigt haben und das wir nächstes Jahr sehr lange Zeit in Berlin zeigen werden. Mozart wird in das 21. Jahrhundert katapultiert, trifft junge Leute und stellt fest, auch dort geht es um Frauen, und spielt den Amor. Das alles mit Mozart-Musik, teilweise Original, teilweise bearbeitet. Ich habe mich mein Leben lang mit Cross-over-Projekten beschäftigt und freue mich, hier einen weiteren Beitrag leisten zu können, Mozart in die Jugend und in breite Öffentlichkeit zu bringen.

DUNJA HAYALI

Bei Ihnen kann man jetzt davon ausgehen, dass Sie vorher schon einmal Mozart gehört haben. Aber Marcel, Du bist noch nicht unbedingt - - Wie alt bist Du?

MARCEL GEISLER

Ich bin 21.

DUNJA HAYALI

Dann darf man noch fragen, oder? Hast Du vorher schon Mozart gehört?

MARCEL GEIBLER

Bewusst nicht. Aber man kennt eigentlich alle Mozart-Stücke aus Werbung, aus Filmen. Sie kommt wirklich sehr oft vor. Nachdem wir uns intensiver damit beschäftigt haben, haben wir gemerkt, dass Mozart im Alltag eigentlich immer wieder vorkommt.

DUNJA HAYALI

Was ist jetzt für Dich als Tänzer der Reiz, das Moderne mit dem Klassischen zu verbinden?

MARCEL GEIBLER

Wir als DDC machen schon immer Cross-over-Projekte, wie auch Christoph. Wir versuchen, Breakdance anders darzustellen, nicht die typische Musik zu nehmen, nicht die typischen Outfits. Hier haben wir den Christoph kennengelernt. Wir, die DDC, sind ein bisschen verrückt, haben bei unseren Shows sehr viel Witz. Mozart ist halt ähnlich. Auch er ist sehr verrückt, seine Musik ist total vielfältig. Das hat super zusammen funktioniert. Dadurch ist dieses Projekt entstanden.

DUNJA HAYALI

Sie machen schon relativ lange Musik, ähnliche Geschichten haben Sie vorher schon gemacht. Was ist für Sie der Reiz, bei einem solchen Projekt und einer solchen Arbeit dabei zu sein?

CHRISTOPH HAGEL

Ich glaube, dass Mozart oder die klassische Musik dadurch gewinnt, dass junge Leute sich damit beschäftigen. Man kommt auf ganz neue Sachen. Auch hier kann man meiner Meinung nach wieder sehen und es beweist: Mozart war auch crazy.

DUNJA HAYALI

Also ist das so ein bisschen wie David Garrett, der plötzlich diese Art von Musik wieder anders auf die Bühne transportiert?

CHRISTOPH HAGEL

Ja, aber wir haben einen anderen Stil als David. Es ist so wichtig für die klassische Musik.

DUNJA HAYALI

Noch einmal eine Frage an Dich: Wie geht es für Euch jetzt weiter? Was kommt als Nächstes?

MARCEL GEIBLER

Wie Christoph schon erwähnt hat, sind wir ab Februar vier Monate in Berlin im „Wintergarten Varieté“ und werden fünf Tage die Woche dieses Stück noch einmal erweitert spielen. Ab Herbst 2014 soll es auf Tournee gehen, und es sieht schon sehr gut aus.

DUNJA HAYALI

Dann vielen Dank für heute. Es hat, glaube ich, allen viel Spaß gemacht. Es ist sehr beeindruckend. Vielen herzlichen Dank und viel, viel Erfolg. (Beifall)

Wissen Sie, es ist ganz interessant, wenn man sich manchmal mit Jugendlichen oder auch mit Kindern über die aktuelle Situation unterhält, in der wir uns gerade befinden. Vielleicht kennt der eine oder andere den Verein „Gesicht zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland“. Für diesen Verein gehe ich manchmal in Schulen und rede mit den Kids. Ich gehe in Grundschulen, aber es geht auch hinauf bis zur höchsten Klasse, also bis ins Gymnasium. Wir reden über Toleranz, Diskriminierung, Rechtsradikalismus. Das sind alles Themen, die natürlich etwas mit meiner eigenen Biografie zu tun haben. Ich habe den sogenannten Migrationsvordergrund. (Beifall) Es macht wirklich Spaß, sich mit den Kindern und Jugendlichen über die Rolle der Medien zu unterhalten, weil dabei sehr einfache, aber sehr klare Fragen herauskommen.

Ich war letzte Woche wieder unterwegs. Wir haben uns über das Schiffsunglück unterhalten, also über Lampedusa. Die Kinder und Jugendlichen fragten dann irgendwann, dass es doch verwunderlich wäre und sie die Werte, die sie im Kindergarten und in der Schule mit auf den Weg bekommen, also so etwas wie Humanität, Liebe, Hilfe, Respekt, Verstand, bei den Erwachsenen in vielen Teilen, auch bei den Medien, vermissen. Ich habe erst einmal überlegt und habe gedacht: Na ja, werdet Ihr mal groß, dann werdet Ihr sehen, dass das alles viel komplizierter ist als Ihr denkt. Aber dann muss man sich doch ehrlich fragen: Ist es wirklich so viel komplizierter oder machen wir es uns einfach nur kompliziert, weil es dann am Ende für uns einfacher ist? Die Frage, die sich dahinter verbirgt – die ist spannend, und die stellen sich die Kids auch schon in jungen Jahren: In was für einer Welt wollen wir eigentlich leben, in welchem Europa wollen wir eigentlich leben?

Deswegen freue ich mich jetzt sehr auf die Ausführungen von Bernadette Ségol, Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes. Herzlich willkommen! (Beifall)

BERNADETTE SÉGOL (Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes)

Verehrte Gäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nicht nur die Europäische Union braucht neue Wege zur Integration und eine Vertiefung der Zusammenarbeit, auch die europäische Gewerkschaftsbewegung muss ihre Integrationsfähigkeit verstärken und ihre Zusammenarbeit vertiefen. (Beifall)

Dass Ihr mir zur Eröffnung Eures Kongresses das Wort gebt, das empfinde ich als eine Aufforderung an den DGB, auf seine beiden Grundpfeiler zu setzen: auf die Gewerkschaftsbünde, aber auch auf die europäische Gewerkschaftsdelegation.

Euer Vorsitzender Michael Vassiliadis ist auch Präsident der IndustriAll European Trade Union. Ich will hier ganz klar sagen, dass die Kooperation und Zusammenarbeit mit IndustriAll und auch allen anderen Gewerkschaftsföderationen für uns und für den DGB wichtig sind.

Immer klarer wird, dass neoliberale Konzepte zur Überwindung der Krise gescheitert sind. Banken wurden gerettet, und nicht zuletzt auf Drängen der deutschen Regierung wurde den Mitgliedsländern, die am stärksten von der Krise betroffen sind, eine Roskur erspart, sodass die Krisenkosten vor allem denen aufgebürdet wurden, die sie nicht verursacht haben. (Beifall)

Die Folgen dieser Politik sind am Arbeitsmarkt zu sehen. Mit dem Slogan „Flexibilität“ werden andere prekäre Beschäftigungsverhältnisse gefördert. Aus Rent a Car wird Rent a Worker.

Ein anderes katastrophales und zukunftsbedrohendes Ergebnis dieser Politik ist ein drastischer Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit. Hier stehen die Zukunft einer ganzen Generation auf dem Spiel und damit auch die Zukunftsfähigkeit unserer Sozialsysteme.

Die Ankündigung einer Ausbildungsgarantie für jugendliche Arbeitslose ist gut gemeint. Es kann aber sein, dass hier ein Adler aufsteigt, der am Ende als Kentucky Fried Chicken landen könnte. (Beifall)

Lohndumping ist an der Tagesordnung, auch in Deutschland. Manche Nachbarn beklagen sich, dass diese Praxis zu Wettbewerbsverzerrungen führt. Es kann nicht sein, dass der Sozialstaat faktisch Lohnsubvention betreibt. Das widerspricht den sozialen Prinzipien der Marktwirtschaft. Wenn die Menschen von ihrer Arbeit nicht menschenwürdig leben können, dann ist es höchste Zeit für einen klaren Kurswechsel. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Einführung eines Mindestlohns, wie ihn die deutschen Gewerkschaften fordern, ist nicht nur ein Gebot der sozialen, sondern auch der wirtschaftlichen Vernunft. Ich habe die Hoffnung, dass durch die veränderte Konstellation in der deutschen Politik die nächste Bundesregierung das Projekt „Mindestlohn“ umsetzen und sich vor allem vom Diktat der Wirtschaft verabschieden wird sowie den Krisenländern mehr Zeit einräumt und die harten Sparauflagen mit Blick auf die sozialen Folgen mildert. (Beifall)

Die Realwirtschaft in den Krisenländern droht ansonsten erdrosselt zu werden. Wir brauchen einen klugen Politikmix, damit die Konjunktur in Europa wieder auf die Beine kommt. Ich füge aber ausdrücklich hinzu, dass gesunde Staatsfinanzen und Steuergerechtigkeit von großer Bedeutung sind. Wir sollten auch nicht übersehen, dass in manchen Mitgliedsländern die Regierungsführung einer deutlichen Verbesserung bedarf.

Kolleginnen und Kollegen, 60 Prozent der Befragten einer europaweiten Untersuchung wollen einen Kurswechsel. Für sie und für uns alle ist Autorität nicht die richtige Antwort auf die Krise. Was wir jetzt fordern, das ist eine Vertiefung der sozialen Dimension. Die Kommission hat fünf soziale Indikatoren definiert, die aus unserer Sicht geeignete Kriterien sind, um die soziale Dimension zu sichern. Aber das ist nicht genug. Es wird nicht ausreichen, um die negativen Folgen der Autorität auszugleichen. Wir teilen aber die Meinung der Kommission, dass der soziale Dialog ein unverzichtbares Instrument ist. In einigen Ländern gibt es dabei erheblichen Nachholbedarf.

Kolleginnen und Kollegen, Europa braucht eine industriepolitische Initiative verbunden mit privaten und öffentlichen Investitionen in Forschung, in Entwicklung, in Innovationen, in Bildung und in unsere Infrastruktur. Dabei müssen die ökologischen Lücken geschlossen, die Entwicklung von Umwelttechnologie gefördert und neue Märkte für nachhaltige Produkte und Dienstleistungen erschlossen werden.

Eine zentrale Bedeutung kommt dabei der Energieversorgung zu. Europa braucht Versorgungssicherheit und eine gezielte Förderung umweltfreundlicher, ressourcenschonender und effizienter Energieformen. Eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende in Deutschland ist auch für Europa wichtig.

Sie wird allerdings nicht im nationalen Alleingang zu realisieren sein, sondern muss europakompatibel sein. (Beifall)

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit muss für uns Priorität haben. Wir brauchen ein europäisches Investitionsprogramm für Wachstum und Beschäftigung in Höhe von ein bis zwei Prozent des Bruttosozialproduktes der EU. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat einen Vorschlag unterbreitet, der eine positive Grundlage für die Erarbeitung eines gemeinsamen Konzeptes ist.

Es gibt viel zu tun - auch in Deutschland. Seit einiger Zeit wird bei Euch eine lebhaft Diskussion über die Defizite des Landes in den Bereichen Bildung und Infrastruktur geführt. Dieses Defizit ist keine deutsche Besonderheit. Es ist europäische Realität.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben heute in der EU ein erhebliches Demokratiedefizit und eine zunehmende Tendenz, von oben nach unten zu regieren. Das Europäische Parlament wird dabei vor allem als Störfaktor betrachtet, und die niedrige Beteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament dokumentiert den wachsenden Abstand zwischen der Europäischen Union und ihren Bürgerinnen und Bürgern. Mit Martin Schulz hat dieses Parlament einen streitbaren Präsidenten an seiner Spitze, der alle Gelegenheiten nutzt, um die demokratische Dimension in der Europäischen Union zu stärken, und der das Parlament mit großem Selbstbewusstsein vertritt. Der Europäische Gewerkschaftsbund weiß es zu schätzen, dass er uns vor den Sitzungen des Europäischen Rates konsultiert und unsere Positionen oft unterstützt.

Wahlergebnisse und Tendenzen in einigen Mitgliedsländern sind alarmierend, weil immer mehr Bürger retrograden Ideologen zulaufen, die das Rad der Geschichte zurückdrehen und Europa renationalisieren wollen. Mit einer perfiden Ausländerfeindlichkeit wird Stimmung gemacht und dem rechten Rand der Boden bereitet. Vor allem in Österreich, aber auch in Belgien, den Niederlanden, Frankreich, Ungarn und Griechenland haben sie zunehmend Zulauf. In Deutschland hält sich das glücklicherweise noch in Grenzen.

Der Bürokratieworwurf und die Regierungswut spielen dabei eine besondere Rolle. Die Kommission ist sich dessen offensichtlich bewusst und hat in der letzten Woche angekündigt, eindeutig sinnlose Regulierungen zurückzunehmen. Aber gesagt sei auch, dass der Bürokratieworwurf manchmal allzu beliebig an die Adresse Europas gerichtet wird. Regelungen und Regulierungen sind Teil jeder Staatspraxis. Ein deutscher Kollege hat mir in dem Zusammenhang die Lektüre der deutschen Wurstverordnung empfohlen, (Heiterkeit) und diesem Rat werde ich bei Gelegenheit folgen. (Heiterkeit und Beifall) Aber ganz egal, was drinsteht: Deutsche Wurst schmeckt auch einer Französin. (Heiterkeit und Beifall)

Allerdings setzt die Kommission in ihrer Deregulierungsstrategie auch mal gern an der falschen Stelle an. In der letzten Woche kündigte sie unter dem Titel „Fit für Wachstum“ an, dass sie bereits getroffene Vereinbarungen zwischen den Sozialpartnern nicht umsetzen, sondern revidieren oder blockieren will. Das betrifft eine Sozialpartnervereinbarung über Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit im Friseurhandwerk und wichtige Richtlinien zu Teilzeitarbeit. Darüber hinaus sollen Informations- und Konsultationsrechte der Arbeitnehmer auf den Prüfstand, um sie businessfreundlicher zu gestalten. Dies ist eine Aufweichung der ohnehin defizitären sozialen Dimension des Binnenmarktes und eine Schwächung des Sozialdialogs. Dem werden wir uns widersetzen. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, das europäische Haus ist nicht steinalt. Es ist in die Jahre gekommen. Für uns alle und vor allem für junge Generationen haben Grenzen heute weithin keine trennende Wirkung mehr. Das ist für die Menschen mittlerweile alltägliche Selbstverständlichkeit.

Aber das alleine ist nicht ausreichend. Wir brauchen eine Generalüberholung. Eine Währungsunion ohne eine politische und Sozialunion kann auf Dauer nicht gut gehen, (Beifall) und das lässt sich im geltenden Unionsvertrag durchaus verwirklichen.

Die Politik muss handeln. Die Zeit läuft uns davon. Wir müssen immer wieder klarmachen, dass die Globalisierung und die zunehmende Verflechtung der Weltwirtschaft eine Stärkung des europäischen Projektes verlangen. Wenn die Union Freihandelsverträge verhandelt - aktuell zum Beispiel mit der USA oder Marokko -, dann müssen diese Verträge soziale und rechtliche Schutzklauseln enthalten, und zwar auf Grundlage der Standards der Internationalen Arbeitsorganisation.

Mancher Nationalpolitiker nimmt Europa offensichtlich nicht wirklich ernst. Wenn zum Beispiel der bayrische Ministerpräsident eine Straßennutzungsgebühr in Deutschland nur für Ausländer fordert, so tut er das in der Gewissheit, dass dies dem Europarecht widerspricht.

Aber vielleicht kam es auf gar nicht so subtile Weise auf das Wort „Ausländer“ an.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in meiner französischen Heimatregion ist Rugby sehr populär. Ich bin also keine Fußballexpertin. Aber wir alle wissen, dass menschenwürdige Arbeitsbedingungen - was menschenwürdige Arbeitsbedingen - sind. – Entschuldigung für mein französisches Deutsch. (Beifall)

Die Frage ist also, ob die Weltmeisterschaft in neun Jahren in einem Land stattfinden soll, in dem Zigtausende von Arbeitnehmern auf skandalöse Weise ausgebeutet und entrechtet werden. Die Frage ist nicht, ob der Ball im Sommer oder im Winter rollt. Der EGB hat den UEFA-Chef Michel Platini aufgefordert zu handeln. Er hat positiv reagiert: Wir werden am Ball bleiben. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die deutschen Gewerkschaften haben in der noch jungen Geschichte der europäischen Gewerkschaftsbewegung eine prägende Rolle gespielt. Vor einigen Jahrzehnten wurde die Mitbestimmung in Teilen der europäischen Gewerkschaftsbewegung als Kollaboration mit dem Kapital karikiert. Darüber ist die Zeit hinweggegangen. Heute ist das Konzept der Mitbestimmung eine Referenz für eine wirksame Interessenpolitik und eine besondere Form der Sozialkultur. Die Mitbestimmung ist nicht vom Himmel gefallen. Es ist eine Konsequenz aus der deutschen Sozialgeschichte, und sie war das Ergebnis eines Kampfes.

Wichtig ist aber auch, dass 18 Mitgliedsländer Mitbestimmungsregelungen haben, die den deutschen ähnlich sind und manchmal sogar darüber hinausgehen. Hier müssen wir weiter und zügiger vorankommen, und daran arbeiten wir. (Beifall)

Dem Virus der Renationalisierung in Europa muss der Zugang zur europäischen Gewerkschaftsbewegung versperrt bleiben. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Europa, auch in den Gewerkschaften. Vielfalt ist Teil unserer Kultur, aber sie ist nicht das Gegenteil von Einheit und Geschlossenheit.

Reiner, Du bist Dir darüber ganz bewusst, weil Du vor acht Jahren an der Spitze des EGB gearbeitet hast. Um diese starke europäische Gewerkschaftsbewegung zu erreichen, brauchen wir die Kraft der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Wir brauchen Eure Kraft und weiterhin das Engagement der deutschen Gewerkschaften.

Ich danke für die Einladung. (Beifall) Ich danke auch für Eure Geduld, bitte für mein Deutsch um Nachsicht und wünsche Euch Erfolg. Glück auf! (Lebhafter Beifall)

DUNJA HAYALI

Ich wünschte, ich würde nur halb so gut Französisch sprechen. Vielen herzlichen Dank! (Beifall)

Wir müssen jetzt bis zum nächsten künstlerischen Akt, der etwas ganz Besonderes ist, zwei, drei Minuten überbrücken. Deswegen belästige ich Sie schon wieder mit einer halbwegs persönlichen Geschichte.

Als ich meinen Job beim ZDF angefangen habe, habe ich gedacht: Das musst du ausnutzen; also engagierst du dich für irgendetwas, das mit deiner eigenen Biografie zu tun hat. Was liegt da näher, als sich für den Tierschutz zu engagieren? Ich habe einen eigenen Hund, einen Golden Retriever, den ich über alles liebe. Da sagte eine Freundin zu mir: Du immer mit deinen Hunden! Mach' doch mal etwas mit oder für behinderte Menschen! Da habe ich mich gefragt: Was habe ich mit behinderten Menschen zu tun?

– Nichts, komisch, ich sehe kaum jemanden, ich habe eigentlich keinen Kontakt zu ihnen. Dann habe ich gedacht: Was kann man da machen?

Dann hat mich sozusagen das Karma getroffen, und ich habe den Verein Vita kennengelernt. Vita ist ein toller Verein: Der bildet Golden Retriever und Labradore für Menschen aus, die im Rollstuhl sitzen, also für Nichtfußgänger. Die Menschen sind zum Teil körperlich behindert, manche von Ihnen sind auch geistig behindert.

Ich habe da gelernt – und das war das Eindrucksvolle –, dass sie in ihrem Leben trotz ihrer Einschränkungen eigentlich sehr gut zurechtkommen und dass sie eigentlich hauptsächlich durch uns, also durch die Gesellschaft, behindert werden. Schauen Sie sich einmal in unserer Umgebung um! Das fängt beim Lift an und geht bei den U-Bahnen und Bordsteinkanten weiter. Da gibt es viele, viele kleine Dinge. Wenn man die Augen aufmacht, sieht man da relativ viel. Also, diese Menschen sind nicht behindert, sondern sie werden behindert. (Beifall) – Herzlich willkommen, Herr Ministerpräsident!

Es geht nicht nur darum, diesen Menschen eine Chance zu geben, sondern darum, Chancengleichheit zu schaffen.

Es gibt es tolles, großartiges Theater, das „RambaZamba“ heißt. Es kümmert sich seit 1990 um dieses Thema, frei nach dem Motto: Jeder kann irgendetwas.

Ich möchte noch eine Frage an die Pressesprecherin richten – sie kümmert sich um alles und versorgt alle –: Ist es eine große Herausforderung, das, was wir gleich sehen werden, auf die Bühne zu bringen?

ESTHER NINGELGEN (THEATER RAMBAZAMBA)

Es ist immer eine Herausforderung. – Erst einmal herzlichen Dank für die Einladung. Wir freuen uns wahnsinnig, hier zu sein. (Beifall) – Es ist wichtig, dass Menschen mit Beeinträchtigungen in Erscheinung treten, dass sie gesehen werden. Denn ich glaube, es gibt nach wie vor viele Berührungspunkte, und die wollen wir mit unserem Theater ganz spielerisch abbauen.

Ich kann Ihnen nur empfehlen: Besuchen Sie uns! Wir sitzen mitten im Herzen von Berlin im Prenzlauer Berg. Anfragen für Kurzauftritte wie diesen gibt es immer wieder. Trotzdem ist jeder Auftritt etwas Besonderes. Das ist Theater, und wir wissen: Jeder Augenblick ist einmalig.

Ich würde sagen: Mein Monolog endet hier; alles andere können die Schauspieler von RambaZamba besser ersingen.

DUNJA HAYALI

Dann viel Spaß damit.

(Theater RambaZamba)

(Beifall)

DUNJA HAYALI

RambaZamba – den Namen sollten Sie sich merken. Was wir werden, wenn wir werden, wenn wir werden – meine Güte, das könnte ich nicht einmal so schnell lesen, wenn ich es auf dem Zettel hätte.

Aber was wir jetzt werden, kann ich Ihnen sagen: In aller Kürze werden wir jetzt drei Reden hören, und zwar zuerst von der DGB-Vizevorsitzenden, dann vom Ministerpräsidenten des Landes und zu guter Letzt vom frisch gewählten Oberbürgermeister der Stadt, die beide Stefan mit Vornamen heißen. Vielleicht treten

Sie ja irgendwann einmal tatsächlich in die nächsten Fußstapfen; aber darüber wollen wir heute erst einmal nicht spekulieren. Wir sagen jetzt erst einmal „Ladies first“ und damit: Herzlich willkommen, Elke Hannack! (Beifall)

ELKE HANNACK (Stellv. DGB-Vorsitzende)

Lieber Michael! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Namen des Deutschen Gewerkschaftsbundes möchte ich mich sehr herzlich für die Einladung bedanken. Ich überbringe Ihnen und Euch heute die Grüße der in DGB vertretenen Gewerkschaften. Ihr wisst, der Bund hat eine vordringliche Aufgabe. Die Aufgabe ist, einen Prozess zu organisieren, um am Ende gemeinsame Positionen mit unseren Mitgliedsgewerkschaften zu entwickeln. Dieser Prozess ist manchmal mühsam, er ist auch nicht immer leicht, aber meistens erfolgreich. Er ist die unabdingbare Voraussetzung dafür, dass wir als Einheitsgewerkschaft schließlich erfolgreich nach außen in die Öffentlichkeit und in die Politik wirken.

Es hat sich gezeigt und es wird sich auch in Zukunft zeigen, dass Konsensprinzip und Kooperationsbereitschaft die wichtigsten Grundlagen einer erfolgreichen Arbeit der deutschen Gewerkschaftsbewegung sind. Dafür braucht es einerseits den Konsens, dazu braucht es andererseits aber auch die, die sich auf gemeinsames Handeln immer wieder einlassen. Wir können als Gewerkschaften nicht erfolgreich sein, wenn wir nicht immer wieder aufeinander zugehen. Das ist in der betrieblichen Arbeit selbstverständlich, und das ist auf der politischen Bühne überlebenswichtig.

Dass wir dabei in unserem Bund unterschiedliche Traditionen haben, dass wir auch abweichende Meinungen darüber haben, wie Politik zu gestalten und zu beeinflussen ist, ist normal und alltäglich. Genau dafür haben wir den Bund, haben wir die Einheitsgewerkschaft, um unterschiedliche Meinungen zusammenzubinden und gemeinsam handlungsfähig zu sein. Wir haben den Bund, um Solidarität untereinander und mit anderen zu entwickeln und zu organisieren. Das gelingt uns, weil wir alle gleiche Wurzeln haben und für die gleichen Werte kämpfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Michael hat es am Anfang gesagt: In diesem Frühjahr haben wir in Hannover und kurz darauf auch in Berlin unter dem Motto „Wir stärken Freiheit, Demokratie und Solidarität“ dem achtzigsten Jahrestag der gewaltsamen Zerschlagung der deutschen Gewerkschaftsbewegung am 2. Mai 1933 durch die Nationalsozialisten gedacht.

Eine der Konsequenzen aus der Erfahrung der in Richtungsgewerkschaften gespaltenen deutschen Arbeiterbewegung und ihrer Zerschlagung war die Gründung der Einheitsgewerkschaft. Statt sich mit weltanschaulichen und politischen Richtungskämpfen gegenseitig zu schwächen, haben unsere Vorgänger nach dem Zweiten Weltkrieg die Kräfte in der Einheitsgewerkschaft gebündelt. Die Einheitsgewerkschaft ist neben der Mitbestimmung und der Tarifautonomie die Grundbedingung dafür, dass wir uns erfolgreich für die Interessen unserer Mitglieder, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, einsetzen können. Mehr noch: Einheitsgewerkschaft, Tarifautonomie und Mitbestimmung haben maßgeblich zur Vermeidung sozialer Kämpfe und damit zur Stärkung der Demokratie in Deutschland beigetragen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Gewerkschaften sind Gestaltungsmacht. Sie sind verlässliche Sozialpartner. Das haben wir in den letzten Jahren und gerade während der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise mehr als andere wirtschaftliche und politische Akteure bewiesen.

Wir verstehen Sozialpartnerschaft so, dass wir das alleine ohne Politik gestalten, was in der Arbeits- und Wirtschaftswelt geht. Das gilt nicht nur für akute Probleme, sondern auch für Zukunftsthemen wie die Gestaltung des demografischen Wandels, der insbesondere Euch besonders am Herzen liegt.

Doch für die Gestaltung brauchen wir Partner, starke Arbeitgeberverbände, und die finden wir nicht überall so verlässlich wie in der Chemie, wo wir wegen der massiven Verbandsflucht der Arbeitgeber aber keine Partner finden, oder aber wenn die Probleme in der globalisierten Wirtschaft zu schwierig sind. Dann - und nur dann - brauchen wir die Politik. Sie kann und muss den Rahmen setzen, den wir zum Beispiel mit unseren Tarifverträgen füllen.

Dabei haben Betriebsrätinnen und Betriebsräte sowie Vertrauensleute nicht nur die Interessen der Beschäftigten vor Augen. Es ging und geht ihnen auch um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft in einer krisenhaften Zeit. Wir haben dabei offensichtlich einen guten Job gemacht; denn wir können heute sagen: Gewerkschaften sind wieder gefragt in Deutschland. So habt Ihr es, liebe Kolleginnen und Kollegen, in einem Eurer Anträge formuliert. Wir alle wissen, dass das in den letzten zehn Jahren nicht immer so war. Wir alle waren Anfeindungen und Verunglimpfungen ausgesetzt. Wir gelten als Reformbremsen und Fortschrittsverweigerer.

Aber, Kolleginnen und Kollegen, wir haben das tiefe Tal durchschritten. Wir haben die richtigen Themen gesetzt, und wir haben uns dabei auf die konzentriert, bei denen die Menschen uns viel zutrauen. Das ist vor allem das Thema neue Ordnung der Arbeit. Wir erfahren viel Zustimmung, wenn es um Mindestlöhne oder Leiharbeit geht, und wir finden große Unterstützung in der Politik.

Aber ich meine ausdrücklich auch Themen wie die Innovationsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und Industrie. Auch hier finden wir Gehör, zum Beispiel mit unseren Hinweisen, dass in unserem rohstoffarmen Land die gut ausgebildeten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein entscheidender Wettbewerbsvorteil sind. Deutschland wird im globalisierten Wettbewerb nicht als Billigproduzent überleben können, sondern nur als starker Industriestandort mit hochinnovativen Produkten und Dienstleistungen.

Kolleginnen und Kollegen, wir schaffen es immer wieder, Fragen der Gerechtigkeit mit Fragen der Zukunftsfähigkeit zu verbinden. Niemand, der Angst um seinen Job hat, kann innovative Arbeit leisten. Das ist so einfach gesagt und so schwer umgesetzt. Und doch nimmt man uns ab, dass wir beides miteinander verbinden wollen und können. Deshalb, Kolleginnen und Kollegen, haben Gewerkschaften Zukunft. Die Zukunft braucht Gewerkschaften, wenn unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und soziale Gerechtigkeit realisiert werden sollen.

Gesellschaftlicher Fortschritt braucht Gewerkschaften; denn die politisch Verantwortlichen haben die Gestaltung einer zukunftsfähigen Gesellschaft unter dem Vorwand der Finanz- und Eurokrisen offensichtlich aufgegeben. Oder hat irgendjemand - aus welcher Partei auch immer - die Formulierung einer Zielvorstellung für die zukünftige Gesellschaft vernommen, eine Entwicklungsperspektive, eine Leitidee für die gesamte Gesellschaft, vor allem aber für die Millionen, die von einer gerechten Teilhabe an Arbeit und Bildung ausgeschlossen sind?

Wir Gewerkschaften haben miteinander viele Ideen entwickelt, wie wir diese Themen angehen können. Denn wir wissen, dass uns unsere momentan kommode Situation nicht bequem machen darf. So erfreulich der Zuspruch auch ist, die Arbeit dürfen wir noch lange nicht einstellen.

Ich sage auch deutlich: Wir sind weder Ersatzparlament noch außerparlamentarische Opposition. Aber wir sind Gestaltungsmacht. Wir können Treiber eines Wandels sein, der unseren Werten Solidarität und Gerechtigkeit entspricht. (Beifall) Auf ihnen aufbauend haben wir auch einen Gestaltungsanspruch und eine große gesellschaftliche Verantwortung. Denn Gewerkschaften vertreten eben nicht nur die Interessen der Beschäftigten; sie haben seit ihren Anfängen ihrem Selbstverständnis nach auch einen emanzipatorischen Auftrag. Dieser Auftrag muss natürlich an ganz konkreten Politikfeldern abgearbeitet werden. So haben wir Anfang dieses Jahres im DGB-Bundesvorstand gemeinsame Forderungen für eine sozial gerechte Politik formuliert und

in die öffentliche Diskussion gebracht. Davon sind viele von den Parteien im Bundestagswahlkampf aufgenommen worden.

Wir wissen auch, dass viele unserer Positionen von einem Großteil der Bevölkerung geteilt werden. Wir sind also gut beraten, wenn wir an unseren Themen und unserer einheitsgewerkschaftlichen Linie festhalten. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor genau drei Wochen haben die Wählerinnen und Wähler einem Fortbestand der bisherigen Regierungskoalition eine klare Absage erteilt. Es bleibt abzuwarten, wie sich nun die eine große Volkspartei entwickeln wird, nachdem sie per Stimmzettel aus der Gefangenschaft mit dem Marktradikalismus befreit wurde. (Beifall) Es ist zu hoffen, dass sie sich wieder ihrer christlich-sozialen Wurzeln besinnt. Es ist auch zu hoffen, dass wir bald eine handlungsfähige und vor allem handlungswillige Regierung haben. Ich für mich bleibe dabei - so habe ich es in der Vergangenheit gehalten, und so halte ich es auch in der Zukunft -, mich nicht zu Farbmischungen oder Personaltableaus zu äußern. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden nicht einfach nur zusehen, bis die macht- und personalpolitischen Überlegungen einer zukünftigen Regierung zu Ende sind.

Wir wollen nicht warten, und die Menschen in unserem Land können nicht warten. Wir müssen uns also einmischen; denn zu viele Herausforderungen, zu viele Probleme sind in den letzten Jahren von der Bundesregierung vernachlässigt oder tatsächlich ignoriert worden. Heute haben wir klare Vorstellungen davon, was eine neu zu bildende Bundesregierung schnell regeln muss. Denn jetzt ist die Zeit gekommen, zu ernten, was wir alle gemeinsam gesät haben. Es ist Zeit für eine sozial gerechte Politik, Kolleginnen und Kollegen! (Beifall) Es ist Zeit für eine Politik, die Probleme löst und Zukunft gestaltet.

Konkret fordern wir die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns von mindestens 8,50 Euro. Wir fordern die Erleichterung von Allgemeinverbindlichkeits-erklärungen. Wir fordern die Verhinderung des Missbrauchs von Werkverträgen und Leiharbeit, zum Beispiel durch mehr Mitbestimmung in den Unternehmen. Wir fordern die Schaffung sicherer und flexibler Übergänge in die Rente. Und wir wollen einen Masterplan für die Umsetzung der Energiewende und mehr Investitionen in Infrastruktur und Bildung.

Die kurzfristige Umsetzung dieser Maßnahmen wird auch der Gradmesser dafür sein, inwieweit es die politisch Verantwortlichen ernst meinen mit der im Grundgesetz verankerten Würde des Menschen. Ich sage auch hier ganz deutlich: Armut trotz Arbeit und Armut im Alter sind damit nicht vereinbar, liebe Kolleginnen und Kollegen! (Beifall)

Es ist also höchste Zeit für eine neue Ordnung der Arbeit, die Arbeit nicht nur gerechter, sondern auch sicherer macht. Wie wichtig das ist, auch im internationalen Kontext, haben uns unlängst die tragischen Ereignisse in Thüringen gezeigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch bei anderen Themen ist es höchste Zeit, endlich zu handeln. Es ist jetzt mehr als zwei Jahre her, dass die damalige Bundesregierung eine Energiewende ausgerufen hat. Seitdem haben wir erlebt, dass das Ausrufen deutlich leichter als das Umsetzen ist. Ich glaube, wir alle sehen in der Energiewende enorme Chancen für unsere Wirtschaft, für unsere Industrie, ja für unser Land. Allerdings darf es nicht sein, dass diese Chancen durch Untätigkeit verspielt werden. Ich weiß, wie sehr sich gerade die IG BCE bei diesem Thema engagiert hat und engagiert und wie wichtig und berechtigt eure Forderungen und Erwartungen an die Politik sind. Es ist doch zum Beispiel absolut selbstverständlich, dass die Preise für Energie kein Wettbewerbsnachteil für unsere Industrie sein dürfen. Und es ist genauso selbstverständlich, dass die Menschen in der Lage sein müssen, ihre Wohnungen zu heizen. Es ist also sicherlich nicht zuviel von einer Regierung verlangt, dass sie dieses gesellschaftliche Schlüsselprojekt sozialer steuert und nicht die Hände in den Schoß legt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst mich zum Schluss noch ein anderes Thema ansprechen, das für unsere Zukunft von großer Bedeutung ist. Es ist gerade schon von

Bernadette Ségol gesagt worden: Mit der Eurokrise ist das Vertrauen vieler Menschen in das Projekt Europa gesunken. Ja, wir erleben, dass rechte Parteien in einigen EU-Ländern politisches Kapital schlagen. Auch in Deutschland konnte die Alternative für Deutschland mit ihrem Anti-Eurokurs im Osten des Landes mächtig Stimmen fangen. Ich will für die Gewerkschaften hier mal eines deutlich sagen: Wir wollen Europa, ja, und wir wollen den Euro. Aber wenn wir nicht wieder in Kleinstaaterei verfallen wollen, wenn wir nicht wollen, dass nationalistische Ressentiments das politische und gesellschaftliche Miteinander bestimmen, dann, Kolleginnen und Kollegen, brauchen wir ein soziales, ein wirtschaftlich starkes und ein demokratisches Europa. Dann brauchen wir ein Europa, in dem der Schutz sozialer Rechte verdammt noch mal Vorrang vor Marktfreiheiten für Unternehmen hat, Kolleginnen und Kollegen! (Beifall)

Dazu gehören eben auch der Ausbau der Mitbestimmung und eine deutliche Verbesserung der sozialen Absicherung. Europa wird nur ein Lebensraum für die Bürgerinnen und Bürger, wird nur ein Arbeitsraum für die Beschäftigten werden, wenn die soziale Dimension Europas gestärkt und neue verbindliche soziale Mindeststandards für gute Arbeit geschaffen werden. Statt Lohndumping muss in allen EU-Staaten das Prinzip gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort! Und statt Ausbeutung muss faire Mobilität für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gelten. Statt der gescheiterten Sparpolitik muss die Politik wesentlich mehr dafür tun, die Wirtschaft anzukurbeln und deren sozialökologischen Umbau zu fördern. Der DGB hat mit seinen Gewerkschaften dafür einen Plan für Europa vorgeschlagen. Für ihn werden wir streiten, zu Hause, aber auch und vor allem auf der europäischen Ebene.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Gewerkschaften – ich habe es gesagt – sind Gestaltungsmacht. Sie sind aber auch Gegenmacht. So steht es im 1996 beschlossenen Grundsatzprogramm des DGB. Wir haben in den vergangenen Jahren so manche Abwehrschlacht geschlagen, wenn wieder jemand mit der Abrissbirne die soziale Marktwirtschaft zertrümmern wollte. Doch es ist wie im Fußball – den Vergleich hatten wir heute schon -: Die Defensive muss stimmen. Aber begeistern kann man die Menschen nur mit einer beherzten Offensive. Wir wollen die Zukunft gestalten statt Vergangenheit bewältigen. Das ist unser gemeinsamer Anspruch.

Lasst uns also gemeinsam für gute Arbeit, für sichere Renten, für ein soziales Europa und für einen aktiven Staat streiten. Lasst uns gemeinsam für eine gerechtere Gesellschaft kämpfen. In diesem Sinne wünsche ich Euch interessante Beratungen und kluge Beschlüsse. Glück auf! (Beifall)

STEFAN WEIL (Ministerpräsident des Landes Niedersachsen) (mit Beifall begrüßt)

Lieber Michael! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich sehr, dass ich heute bei der Eröffnung Eures 5. Kongresses der IG BCE dabei sein darf. Niedersachsen und die IG BCE, das ist ein besonderes Verhältnis, das insbesondere darin zum Ausdruck kommt, dass der Hauptvorstand der IG BCE seinen Sitz in Hannover, in unserer Landeshauptstadt hat. Ich kann also sagen: Willkommen zu Hause, liebe Kolleginnen und Kollegen! (Beifall)

Wie weit das mit dem Zuhause geht, haben wir vor einer Woche gesehen. Seit neuestem werden in Hannover nur noch Oberbürgermeister gewählt, die ihre Lehrzeiten bei der IG BCE gemacht haben. Herzlich willkommen, Oberbürgermeister Stefan Schostok! (Beifall)

Aber dieses besondere Verhältnis hat auch eine inhaltliche Basis. Wir wissen doch miteinander ganz genau, warum wir so erfolgreich sind in Deutschland, warum wir so erfolgreich sind gerade im Vergleich mit vielen anderen europäischen Staaten, die in der Zwischenzeit eine andere Strategie eingeschlagen haben.

Wir wissen, ein wesentlicher Teil unseres Erfolges besteht in der Erkenntnis, industrielle Produktion ist die Basis der Wertschöpfung und diese Basis müssen wir in Deutschland hegen und pflegen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Wenn wir uns fragen, warum

wir in Deutschland erkennbar erfolgreicher als das leider, leider bei vielen anderen in Europa allzumal derzeit zu sehen ist, sind, dann gibt es weitere Gründe, die sich uns miteinander aufdrängen. Der Sozialstaat gehört allemal dazu. In Deutschland hat man in den vergangenen Jahrzehnten gewusst: Wer sich bei uns anstrengt, der soll sich fair behandelt fühlen und in unserer Gesellschaft sollen diejenigen, die schwächer sind, sich unterstützt fühlen. Dieser Sozialstaat, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist auch ein Teil unserer gemeinsamen Überzeugungen und daran sollten wir immer wieder erinnern. (Beifall) Das gilt insbesondere auch für die Sozialpartnerschaft. Dass starke Gewerkschaften nicht Teil des Problems sind, sondern Teil der Lösung für die Zukunft unseres Landes, das wissen wir und davon sind wir gemeinsam überzeugt. (Beifall)

Ich erinnere an diese Gemeinsamkeiten deswegen, weil wir gerade jetzt vor interessanten Zeiten stehen, in interessanten Zeiten stehen. Vor drei Wochen haben die Bundestagswahlen stattgefunden. Ich denke, wir können miteinander zuversichtlich sein, dass auch diesmal nach den Bundestagswahlen eine Bundesregierung gebildet werden wird. Es ist nur noch nicht ganz klar, von wem und mit welchem Programm. Wenn ich, Michael, Deine Äußerung im Vorfeld des Kongresses recht verstanden habe, sind wir uns auch da wieder einig, dass nämlich, von wem auch immer die Bundesregierung denn gebildet werden mag, wir von ihr erwarten müssen, dass sie die großen Themen unserer Gesellschaft anpackt, dass sie Fehlentwicklungen bekämpft und richtige Weichenstellungen möglich macht. Fehlentwicklungen haben wir in den letzten 10, 15, 20 Jahren wirklich genug erlebt – gerade übrigens auf dem Arbeitsmarkt.

Wisst Ihr, als ich einmal – das wird vielen von Euch nicht anders gegangen sein – nach meiner Ausbildungsphase auf den Arbeitsmarkt gekommen bin, war völlig selbstverständlich: Mein Anspruch war, ich wollte einen Vollzeitarbeitsplatz haben, der sollte sozialversicherungspflichtig sein, der sollte unbefristet sein und dass ich davon leben wollte und davon auch gerne eine Familie ernähren wollte, das war für mich gar keine Frage. Aber welche jungen Leute, die heute neu auf den Arbeitsmarkt kommen, haben dann am Ende tatsächlich einen Arbeitsplatz, der unbefristet, Vollzeit, sozialversicherungspflichtig ist und von dem sie sich und ihre Familien ernähren können?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, insbesondere der ausufernde Sektor der Niedrigstlöhne muss uns Sorgen machen. Ich empfinde es als einen Skandal, dass aus den Mitteln der Steuerzahler jedes Jahr inzwischen über zehn Milliarden Euro dafür aufgewandt werden, dass Menschen, die voll arbeiten, die hart arbeiten, überhaupt die Möglichkeit haben, auch ihre Familien und sich selber durchzubringen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, was wir erwarten müssen, ist: endlich ein gesetzlich geregelter Mindestlohn in diesem Land. (Beifall) Wir müssen erwarten, dass wir wieder zu vernünftigen Verhältnissen bei Befristungen zurückkommen. Befristungen müssen die Ausnahme sein. Das können doch nicht die Regelarbeitsverhältnisse bei uns sein. Mir begegnen immer wieder junge Menschen, die sagen: Gerne würde ich eine Familie gründen, aber bitte schön, ich muss doch auch wissen, wie es mit mir selber weitergeht, bevor ich eine solche Verantwortung übernehmen kann. (Beifall) Das war die Jugendabteilung der IG BCE. (Heiterkeit) Haben wir neulich, vor ein paar Wochen, zu Gast auch in Hannover gehabt. Es war sehr schön.

Lasst mich eine dritte Fehlentwicklung ansprechen, eine, die vor wenigen Monaten an einem Beispiel in Niedersachsen besonders plastisch geworden ist aber längst nicht auf eine Branche oder ein Bundesland beschränkt ist. Die zartesten Versuche einer Regulierung der Leiharbeit haben, wie ich finde, zu einer skandalösen Umgehung unseres Arbeitsrechts geführt, dass Menschen zu Tausenden aus Südosteuropa angeworben werden, um hier – zum Beispiel in der Fleischindustrie aber das gilt für viele andere Industriezweige auch – zu arbeiten, unter teilweise unwürdigen Bedingungen untergebracht werden – unter unwürdigen Bedingungen – und dann ihnen auch noch gesagt wird: Ihr seid keine Arbeiter, nein, Ihr seid selbstständige Werkunternehmer, scheinselfständige Werkunternehmer. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, empfinde ich als einen Skandal, und damit muss Schluss sein in unserem Sozialstaat. (Beifall)

Dazu können übrigens gerade auch Gewerkschaften und Betriebsräte beitragen. Die Niedersächsische Landesregierung hat einen Vorschlag in den Bundesrat eingebracht,

der die Unterstützung der Mehrheit der Länder gefunden hat. Wir haben gefordert: Wir brauchen endlich mehr Mitbestimmungsrechte bei solchen Arbeitsverhältnissen in Unternehmen. Die Betriebsräte müssen wissen, was in ihren Unternehmen los ist und sie müssen die Möglichkeit haben, bei solchen Fehlentwicklungen auf unserem Arbeitsmarkt reinzugrätzen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Ich sagte, wir müssen von einer Bundesregierung erwarten, dass sie Fehlentwicklungen begegnet, aber nicht minder müssen wir erwarten, dass sie endlich die richtigen Weichen stellt. Das heißt für mich vor allem, in die Zukunft zu investieren.

Was ist der Kern des deutschen Erfolges, den wir im Moment alle miteinander mehr oder weniger laut genießen? Das sind vor allen Dingen die Facharbeiterinnen und Facharbeiter, das sind hochqualifizierte Arbeitskräfte in der Industrie, hochinnovative Menschen, die dafür gesorgt haben, dass in diesem relativ kleinen Land ohne sonderliche Rohstoffe ein solcher wirtschaftlicher Erfolg erzielbar ist. Ich sage: In Zeiten zurückgehender Bevölkerungszahlen, insbesondere zurückgehender Zahlen jüngerer Menschen, ist es gerade unsere Pflicht dafür zu sorgen, dass junge Menschen in unserem Land so gut als irgend möglich ausgebildet und qualifiziert werden. Das ist unsere Lebensversicherung, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Deswegen müssen wir von der Bundespolitik erwarten, dass sie gemeinsam mit den Ländern, gemeinsam mit den Kommunen, wirklich dem Wort von der „Bildungsrepublik Deutschland“ Taten folgen lässt. Ich würde mich sehr freuen, wenn die Gewerkschaften mit allem Nachdruck mit dafür werben, dass Bildung jetzt wirklich eine gesamtstaatliche Anstrengung in unserem Land wird. Wir haben das dringend nötig, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Lasst mich ein letztes Thema ansprechen, das die IG BCE natürlich ganz besonders berührt: die Energiewende. Es ist schon ein großes Experiment, auf das sich die Bundesrepublik eingelassen hat. Wir wollen als eine der großen starken Volkswirtschaften auf der Welt beweisen, dass man aus der Atomenergie aussteigen und nach und nach in erneuerbare Energien einsteigen kann und dass das funktioniert, ohne dass unsere Volkswirtschaft Schaden nimmt. Das wollen wir beweisen. Über diese Ziele gibt es auch Einvernehmen. So weit, so schön. Aber was haben wir jetzt in den zwei Jahren seit Fukushima erlebt? Wir haben, wie ich finde, einen unverantwortlichen Stillstand erlebt. Wir haben erlebt, dass es kein Projektmanagement auf der Bundesebene gibt, dass es keinen Projektplan auf der Bundesebene gibt. Was jetzt zwingend notwendig ist, ist, dass die Fäden gebündelt werden, in eine Hand kommen. Ich freue mich sehr, dass Michael und ich gemeinsam, wo wir gehen und stehen, sagen: Was wir brauchen, ist ein Energieministerium.

Was wir brauchen, das ist eine Konzentration auf den Erfolg der Energiewende. Das gehört zu den großen Aufgaben der nächsten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Wir haben also viel gemeinsam. Deswegen komme ich auch immer ausgesprochen gerne zur IG BCE. Da sind wir wirklich in vielen Punkten gemeinsam unterwegs. Ich hoffe, so empfindet Ihr auch Euren Gewerkschaftskongress hier in Niedersachsen, in Hannover. Um das Motto der Fußballweltmeisterschaft aufzugreifen, sage ich: Die IG BCE zu Gast bei Freunden.

Ich wünsche Euch einen erfolgreichen Kongress. Ich erwünsche mir viele Impulse von der IG BCE für die Politik jetzt und in den nächsten Jahren. Alles Gute, Glück auf! (Starker Beifall)

STEFAN SCHOSTOK(Oberbürgermeister Hannover)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 5. Gewerkschaftstages der IG BCE! Liebe Delegierte! Ich freue mich, dass ich zum ersten Mal, weil ich erst vor zwei Tagen ins Amt gekommen bin, (Beifall) den bezeichnenden

Satz sagen darf, der weltberühmt ist: Ich begrüße Sie, ich begrüße Euch ganz herzlich im Namen der 522.114 Hannoveranerinnen und Hannoveraner. (Beifall)

Hannover ist nicht nur Landeshauptstadt, sondern auch ein besonderer Ort. Das ist sicherlich auch der IG BCE zu verdanken. Mein Vorgänger hat immer gesagt: „Ich begrüße Sie in der schönsten Stadt der Welt.“ Ich kenne viele, die mir noch vor vielen Jahren gesagt haben: „Wenn Vorstände Manager nach Hannover geholt haben, dann wurde ihnen ein Nachteilsausgleich angeboten.“ Viele aber – und dazu muss Stephan Weil beigetragen haben -, haben diesen Nachteilsausgleich dann spätestens nach drei Monaten wieder zurückgegeben, weil Hannover wirklich eine absolut lebenswerte und liebenswerte Stadt ist.

Deshalb begrüße ich Sie hier ganz herzlich. Ich hoffe, dass Sie ein paar Minuten Zeit haben, Hannover zu genießen. Ich weiß, dass dieser Gewerkschaftskongress häufiger in Hannover tagt. Deswegen wird man das wohl auch in Zukunft sehr gut tun können.

Hannover ist eine besondere Stadt für uns und ist auch für die IG BCE ein historischer Ort. Michael Vassiliadis hat darauf hingewiesen. Vor 123 Jahren war Hannover eine Geburtsstätte des Verbandes der Fabrikarbeiter, um es abgekürzt zu sagen, oder richtiger: des Verbandes der Fabrikarbeiter, Landarbeiter und gewerblicher Hilfsarbeiter. Das war schon etwas Besonderes.

Stephan Weil hat gerade über diejenigen geredet, die unter wirklich sehr schwierigen Bedingungen überhaupt Arbeit bekommen haben oder diese leisten mussten. Auch diese Menschen brauchen eine gewerkschaftliche Unterstützung durch eine gewerkschaftliche Organisation. Das ist wohl auch die Lernerfahrung gewesen. Dieser Fabrikarbeiterverband hat viele organisiert, die sonst keine Organisation gefunden hätten. Das macht sicherlich auch diese Gewerkschaft aus. 1930 wurde sogar ein eigenes Haus im heutigen Bankenviertel Hannovers gegründet und eingeweiht, das auch mit einem Gedenkstein ausgezeichnet worden ist. Aber dieses Haus wurde bereits im Jahre 1933 zerschlagen, und es wurde eine Enteignung vorgenommen.

Diese Gewerkschaft hat in Hannover eine große Geschichte und hat 1990 auch die Wiedervereinigung erlebt. Diese Gewerkschaft hat 1997 auch durch die Fusion von IG Chemie, Papier, Keramik und IG Bergbau und Energie sowie der Gewerkschaft Leder ein historisches Ereignis erlebt. Ab 1998 – das ist kein historisches Ereignis – durfte ich zwei Jahre für die IG BCE arbeiten und habe ein bisschen erahnen können, was diese Gewerkschaft alles leisten muss, was sie zusammenhalten muss, was sie tun muss.

Ich komme zum Schluss. Ich bin sehr stolz darauf, dass Hannover die Heimat dieser Gewerkschaft ist, und ich bin sehr stolz darauf, dass diese große, starke und erfolgreiche Gewerkschaft hier in Hannover ihre Heimat hat und auch ihren 5. Gewerkschaftskongress hier in Hannover abhält. Vielen Dank dafür. (Beifall)

Das Motto „Zeit, weiter zu denken“ ist sicherlich ein richtig pfiffiges Motto, es ist sogar mehrdeutig. Nimm Dir Zeit, um weiter zu denken. Es ist aber auch Tatsache, dass Gewerkschaften immer wieder als nahezu Einzige an das Thema Zeit, Arbeitszeit, Lebensarbeitszeit, Rente denken. Oder: Was wird aus der Zeit gemacht? Was wird in dieser Zeit gearbeitet? Wie geht man mit den Problemen im Umland zeitlich um? Ihr könnt auch in schwierigen Zeiten als Gewerkschaft da sein.

Deswegen empfinde ich es als etwas ganz Besonderes, dass dieser Gewerkschaftskongress genau in der Zeit stattfindet, in der dieses Land zurzeit trotz Wahl keine neue Regierung hat, sodass dieser Kongress auch einen entscheidenden Impuls geben kann für das, was im Augenblick stattfindet an Regierungsbildung im Rahmen von Sondierungen und an Diskussion darüber, welche Parteien denn am Ende die Regierung bilden sollen. Mir selber ist wichtig, welche Themen es denn sein werden, die für die Zukunft Deutschlands in den nächsten Jahren angepackt werden.

Ich möchte die Themen, die Stephan Weil angesprochen hat, nicht ergänzen. Aber ich möchte auf jeden Fall noch eines hinzufügen. Das Thema Bildung ist ein Thema, das bei uns in den Kommunen wirklich pressiert. Wir haben viele eigene Anstrengungen unternommen, um das aufzufangen, was an Lücken durch den Bund – manchmal auch durch die Länder – hinterlassen worden ist, nämlich Bildung auch den Kindern zukommen zu lassen, weil dies die einzige Chance ist, Bildungsarmut zu vermeiden. Wir sind eine reiche Stadt, es leben 172 Nationen in Hannover. Aber die Kinder dieser Menschen mit Migrationsvordergrund, wie es heute so schön gesagt worden ist, brauchen mehr Bildung als viele andere Kinder, die in Hannover unter besseren Bedingungen aufwachsen.

Deswegen bin ich sehr dankbar dafür, wenn sich diese starke Gewerkschaft auch dafür in Berlin einsetzt. Die Bildung muss eine gemeinschaftliche Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen werden. Wir brauchen Ihre Unterstützung an dieser Stelle. Das möchte ich hier auf jeden Fall noch einmal unterstreichen. (Beifall)

Wir haben heute die teilweise dramatische Lage in Europa hervorragend skizziert bekommen. Da kann einem manchmal angst und bange werden. Deshalb habe ich bewundert, wie stark Martin Schulz hier aufgetreten ist, wie er aufgezeigt hat, dass auch in einem Menschen die Verkörperung von Gestaltungswille und –kraft so stark stecken kann. Ich bin ganz stolz auf einen solchen Parlamentspräsidenten und ich hoffe, dass wir diese Gestaltungskraft auch durch die Gewerkschaften in Europa bekommen. Deshalb unterstütze ich diesen Weg mit allem, was ich tun kann, auch aus einer Landeshauptstadt heraus. Ich wünsche mir deshalb auch, dass es gelingen wird, im Mai nächsten Jahres ein klares Signal dagegenzusetzen.

Wir haben aus der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise gelernt: Mit mehr Deregulierung ist keine einzige gesellschaftliche Aufgabe zu bewältigen. Deswegen bin ich stolz, dass ich als politische Aufgabe eine Stadt übernehme, die auch in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder gezeigt hat, dass das Thema der öffentlichen Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand bleiben muss. Ich weiß, dass die Gewerkschaften insoweit an meiner und unserer Seite in Hannover sind. Vielen Dank auch für diese Unterstützung. (Beifall)

Zum Abschluss wünsche ich herzliches Glück für die Vorstandswahlen. Michael Vassiliadis hat in den letzten vier Jahren auf sehr vielen Bühnen operiert. Es fehlte nicht einmal die Weltbühne, wie ich gesehen habe. Es war die europäische Ebene, es war auch die deutsche Ebene, es war dieses starke Einmischen auch in gesellschafts-politische Debatten, was diese Gewerkschaft so stark gemacht hat.

Weil eine Person vor etwas Historischem steht, nämlich dadurch, dass sie die erste stellvertretende Vorsitzende einer Gewerkschaft sein wird, wünsche ich, dass Edeltraud Glänzer hier eine gute Wahl durch diesen Kongress erlangen wird. Denjenigen, die noch Zweifel haben, sage ich ausdrücklich: Es ist in den letzten hundert Jahren mehrfach erfolgreich evaluiert worden, dass Frauenwahlrecht, aktiv und passiv, sowie Gleichstellung eine Erfolgsbotschaft sind. Alles Gute für diese Wahl. (Beifall)

Ihnen allen wünsche ich einen erfolgreichen Gewerkschaftskongress. Glück auf! (Beifall)

DUNJA HAYALI

So, meine Damen und Herren, jetzt sind wir fast am Ende der Eröffnungsveranstaltung, und kurz vor Schluss gibt es noch einmal das, was wir am Anfang schon einmal gesehen haben, nämlich etwas Traditionelles etwas moderner umgesetzt. Jetzt geht es um das traditionelle Gewerkschaftskulturgut, also um Arbeiterlieder, aber ins Reine übersetzt und modern interpretiert, und das kann kaum jemand so gut wie Böhm und Niggemeier. Viel Spaß dabei! (Beifall)

Franziska Böhm und Burkhard Niggemeier,
Vocal-Piano-Duo, Arbeiterlieder neu interpretiert

Das waren Franziska Böhm und Burkhard Niggemeier (Beifall), und ich hatte Ihnen gerade schon gesagt, dass wir diesen Tag - jedenfalls hier auf der Bühne - so beenden, wie wir ihn angefangen haben. Das heißt, ich darf den Gastgeber gleich noch einmal zu mir auf die Bühne bitten.

Mir bleibt nur noch übrig, mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit zu bedanken, mich zu verabschieden und Ihnen vor allen Dingen einen guten und kreativen Kongress zu wünschen. Sie haben schließlich einiges vor. (Beifall)

MICHAEL VASSILIADIS (Vorsitzender der IG BCE)

Vielen Dank, Sie haben uns sehr geholfen. Herzlichen Dank nochmals.

DUNJA HAYALI

Das hat mich gefreut. Viel Spaß noch! (Beifall)

MICHAEL VASSILIADIS (Vorsitzender der IG BCE)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das war, wie ich finde, eine weit gespannte Eröffnungsveranstaltung: von Harfeklängen bis zu interpretierten Arbeiterliedern, von einem gerockten und getanzten Mozart bis zu einem Musikprojekt, vielfältig, wie auch unsere IG BCE der Tradition und der Moderne verpflichtet ist. Ich danke allen Künstlerinnen und Künstlern. Ich glaube, alle haben sich noch einmal einen zusätzlichen Applaus verdient. (Beifall)

Wir haben Martin Schulz gehört, den Präsidenten des Europäischen Parlaments, und unsere Kollegin Bernadette Ségol, Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes. Das Thema „Europa“ wird uns gemeinsam weiter beschäftigen – hier in den nächsten Tagen unseres Kongresses, aber natürlich auch in den kommenden Monaten. Und darum war es gut, dass hier an prominenter Stelle Politik und Gewerkschaft aus europäischer Sicht Stellung bezogen haben. Auch hier mein herzlicher Dank für diese Beiträge. (Beifall)

Wir haben Elke Hannack gehört, unsere stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Elke, vielen Dank für Deine Einschätzung der politischen Lage und der gewerkschaftlichen Zukunftsaufgaben und noch einmal ein herzlicher Gruß an Michael. (Beifall) Und wir bedanken uns beim Ministerpräsidenten des Bundeslandes Niedersachsen, Stephan Weil, und beim Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover, Stefan Schostok, für ihre Grußworte an diesen Kongress. (Beifall) Eine kleine Ergänzung, lieber Stefan, muss ich machen: Wir haben unsere Hauptverwaltung hier in Hannover. Wir haben aber auch noch einen Ableger in Bochum. (Beifall) Das sind die Fans aus Bochum, aber es geht noch weiter. (Heiterkeit) Ihr habt gesehen, dass Martin Schulz die Veranstaltung nach seiner Rede sofort verlassen musste. Alles, was bei Union und SPD prominent ist und nicht hier sitzt, ist jetzt in Berlin, und da ist auch die Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen, Hannelore Kraft. Hannelore hat natürlich gesagt: Dann schicke ich meinen besten Mann, Norbert Römer. Der muss das können. Der war schließlich bei Euch beschäftigt. – Also noch einmal auch an dieser Stelle herzlich willkommen, Norbert! (Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Motto unseres 5. Ordentlichen Gewerkschaftskongresses lautet „Zeit, weiter zu denken“. Thomas Mann sagte in diesem Zusammenhang einmal:

Die Zeit ist ein kostbares Geschenk, uns gegeben, damit wir in ihr klüger, besser, reifer, vollkommener werden.

Nun aber ist es an der Zeit, sich zu treffen, miteinander zu sprechen und einen schönen gemeinsamen Abend zu genießen. Der 5. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE ist hiermit eröffnet. (Beifall)

Unterbrechung des Gewerkschaftskongresses: 18:07 Uhr